

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
vom 12. Juni 1995*

Der Bundesrat begrüsst es, dass die Aussenpolitische Kommission ihm ihre Unterstützung für seine Integrationspolitik ausgesprochen hat.

Da die verschiedenen Punkte der Motion in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen, ist sie in ein Postulat umzuwandeln.

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 12 juin 1995*

Le Conseil fédéral salue le soutien apporté par la Commission de politique extérieure du Conseil national à sa politique d'intégration européenne.

Les différents points de la motion relevant de la compétence du Conseil fédéral, il convient de la transformer en postulat.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 10 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung:

Mehrheit

Überweisung der Motion

Minderheit

(Fischer-Hägglingsen, Frey Walter, Oehler, Steffen)

Ablehnung der Motion

Proposition de la commission

La commission propose, par 10 voix contre 4 et avec 1 abstention:

Majorité

Transmettre la motion

Minorité

(Fischer-Hägglingsen, Frey Walter, Oehler, Steffen)

Rejeter la motion

94.3144

**Motion des Ständerates
(Cottier)**

**Entwicklung der innen-
und aussenpolitischen
Bedingungen der Europapolitik**

**Motion du Conseil des Etats
(Cottier)**

**Réalisation des conditions
intérieures et extérieures nécessaires
à la politique européenne**

Wortlaut der Motion vom 27. September 1994

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament Richtlinien zur Kenntnis zu bringen, wie die öffentliche Information und Meinungsbildung über Fragen der Europapolitik verstärkt werden kann.

Texte de la motion du 27 septembre 1994

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement des lignes directrices sur lesquelles le Conseil fédéral entend se fonder pour rendre régulière l'information et la communication sur des questions de politique européenne, et pour la renforcer.

Mühlemann Ernst (R, TG) unterbreitet im Namen der Aussenpolitischen Kommission (APK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 17. März 1994 reichte Ständerat Cottier seine Motion ein. Am 27. September 1994 folgte der Ständerat dem Antrag des Bundesrates auf Umwandlung in ein Postulat betreffend die Punkte 1 bis 4 der Motion, stimmte aber einstimmig der Überweisung von Punkt 5 betreffend Richtlinien, wie die öffentliche Information und Meinungsbildung über Fragen der Europapolitik verstärkt werden kann, als Motion zu.

Der Vorsteher des EDA erinnerte anlässlich der Behandlung des Vorstosses im Ständerat am 27. September 1994 daran, dass schon im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren angekündigt wurde, so rasch wie möglich eine erste Lagebeurteilung betreffend den Stand der bilateralen sektoriellen Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union vorzunehmen. Darüber hinaus habe der Bundesrat anlässlich der Debatte des obenerwähnten aussenpolitischen Berichtes im Nationalrat auch in Aussicht gestellt, dass sich der Bundesrat bei seiner ersten Lagebeurteilung des bilateralen Verhandlungsprozesses nicht nur auf die eventuellen Resultate dieser Verhandlungen beschränken werde, sondern auch bereit sei, sich darüber hinaus zu den verschiedenen Aspekten der europäischen Integration zu äussern. Zum gegebenen Zeitpunkt werde der Bundesrat auch Stellung zu den hängigen Volksinitiativen beziehen und das weitere Vorgehen festlegen. Dies entspreche genau dem vom Motionär festgelegten Fahrplan; allerdings hätten die bilateralen Verhandlungen nicht so schnell begonnen, wie man sich das vorgestellt habe. Das Parlament werde auf jeden Fall auf permanenter Basis über die Entwicklungen in diesem Bereich orientiert. In diesem Zusammenhang wurde auch Artikel 47bis a GVG erwähnt.

Mühlemann Ernst (R, TG) présente au nom de la Commission de politique extérieure (CPE) le rapport écrit suivant:

Cette motion a été déposée par M. Cottier, conseiller aux Etats, le 17 mars 1994. Le 27 septembre de la même année, le Conseil des Etats, s'il s'est rallié à la proposition du Conseil fédéral de transformer en postulat les points 1 à 4 de ladite motion, a également décidé à l'unanimité de transmettre sous forme de motion le point 5 (lignes directrices sur les modalités et le renforcement de l'information et de la communication en matière de politique européenne).

Lorsque l'intervention en question a été examinée au Conseil des Etats le 27 septembre 1994, le chef du Département fédéral des affaires étrangères a rappelé que le rapport sur la politique extérieure de la Suisse dans les années nonante prévoyait déjà l'établissement d'un premier bilan sur l'état des négociations sectorielles bilatérales entre la Suisse et l'Union européenne. Il a rappelé d'autre part que le Conseil fédéral, lors du débat que le Conseil national a consacré au rapport précité, a laissé entendre que, loin de limiter ce bilan aux résultats éventuels de ces négociations, il serait prêt à s'exprimer sur les différents aspects de l'intégration européenne. Il a fait savoir par ailleurs que le Conseil fédéral prendrait position sur les initiatives populaires pertinentes encore pendantes et qu'il arrêterait la marche à suivre. Enfin, ce programme, a-t-il affirmé, correspond en tous points à ce que souhaite l'auteur de la motion – simplement, les négociations bilatérales n'auraient pas débuté aussi rapidement que prévu. Il a conclu qu'en tout état de cause, le Parlement serait informé régulièrement des développements qui interviendront. Il a notamment été fait référence dans ce contexte à l'article 47bis a LREC.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 19 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion als Postulat zu überweisen.

Proposition de la commission

La commission propose, par 19 voix sans opposition et avec 1 abstention, de transmettre la motion comme postulat.

Oehler Edgar (C, SG), Berichterstatter: Der Bundesrat legt uns in seinem Zwischenbericht vom 29. März dieses Jahres den Stand der Europaverhandlungen und seine Haltung über diesen Stand dar. Der Bundesrat kommt damit einem Versprechen nach, welches er seinerzeit im Bericht vom 29. November 1993 über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren abgegeben hat. Er kommt aber auch einem Versprechen nach, welches er in Zusammenhang mit unseren Diskussionen über die Aussenpolitik der neunziger Jahre geäussert hat.

Nun glaube ich, dass der Bundesrat mit der Meinung, die er auf Seite 2 seines Zwischenberichtes vertritt, politisch neben der Linie liegt. Der Bundesrat hält nämlich fest, der vorliegende Bericht habe «nicht zum Zweck, als Grundlage für eine erneute parlamentarische Debatte über die europäische Frage zu dienen». Das bedeutet, dass der Bundesrat von uns erwartet, dass wir womöglich diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, dass wir aber davon Abstand nehmen, formell, namentlich aber materiell über die Europapolitik zu diskutieren.

Aufgrund der Vorkommnisse der vergangenen Monate, aber auch aufgrund der Stellungnahmen der einzelnen Parteien und Fraktionen über die Europapolitik können wir nicht davon Abstand nehmen, heute miteinander über die Europapolitik und die Zukunft der Schweiz in Europa zu diskutieren. Auch möchte ich festhalten – das betrifft nicht mich, sondern einen grossen Teil von Ihnen –, dass am 22. Oktober dieses Jahres einige von Ihnen aufgrund ihrer europafreundlichen oder ihrer europafeindlichen Haltung gewählt oder eben, was ich nicht hoffe, nicht wiedergewählt werden. Das bedeutet auch nichts anderes, als dass wir heute fast zum letzten Mal vor diesem Wahlgang vom 22. Oktober 1995 offiziell in diesem Rat – persönlich wie auch für Parteien und Fraktionen – zur Europafrage Stellung beziehen können.

Die Aussenpolitische Kommission hat sich sehr intensiv mit diesem Bericht auseinandergesetzt, und sie beantragt Ihnen mit 14 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Die Kommission hat es ausdrücklich abgelehnt, den Bericht entweder in zustimmendem oder in ablehnendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen. Aber wir haben ebenfalls unmissverständlich dargelegt, dass es nicht unser Wille ist, den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

Ich frage Sie, warum wir die Augen zuhalten, den Mund zu binden und die Ohren zuhalten sollen, wenn uns unsere Regierung und unser Aussen- und unser Volkswirtschaftsminister einen Bericht über den Stand der Dinge Schweiz-Europa darlegen. Weshalb sollten wir einfach «zur Tagesordnung» übergehen?

Der Bundesrat legt in Ziffer 512 dar, welches seine Gesamtstrategie in den vergangenen Monaten war und welche Gesamtstrategie er in den kommenden Jahren durchziehen möchte. Es kann doch letztlich nicht sein, dass wir über diese Gesamtstrategie, welche wohl im Aufgabenbereich und in den Kompetenzen des Bundesrates liegt, nicht diskutieren; wenig sinnvoll ist es, dass wir diese Gesamtstrategie nicht zur Kenntnis nehmen möchten.

Mit grosser Genugtuung hat die Kommission die Aussage von ausgesprochen europafeindlichen Mitgliedern unserer Kommission zur Kenntnis genommen, dass es nicht angebracht ist, wenn wir heute und in dieser Stunde den Unterhändlern des Bundesrates in Brüssel in den Rücken fallen. Für uns ist das eine gewichtige Aussage, welche wir in der Kommission zur Kenntnis genommen haben; dies im Sinne einer Bitte, dass wir, Freunde oder Gegner der Europapolitik des Bundesrates, den Unterhändlern nicht in den Rücken fallen sollen, weil das letztlich ein Eigengoal ist und wir hier andernfalls zum Schaden unserer gesamten Haltung etwas anrichten würden.

Wenn ich indessen an die vergangenen Tage und Monate zurückdenke, die Verlautbarungen zur Kenntnis nehme, dann muss ich persönlich doch festhalten, dass mir letztlich der Glaube an diese Aussage fehlt.

Wir wollen uns doch nichts vormachen: Während sich die einen von uns auf das Ergebnis der Volksabstimmung vom

6. Dezember 1992 berufen und daraus ihre Schlussfolgerungen ziehen, stützen andere ihre Haltung, mit Blick auf die künftige Gestaltung der Aussenpolitik, wiederum auf die letzten Meinungsumfragen, auf eingereichte Volksinitiativen, auf parlamentarische Vorstösse, auf geplante Vorhaben usw. ab. Wir machen es andererseits, das möchte ich beifügen, dem Bundesrat nicht leichter, wenn wir hier in diesem Rat Beschlüsse fassen, wenn wir Volksabstimmungen mit diesem oder einem anderen Ergebnis durchziehen und von unserer Regierung und ihren Gesprächspartnern immer noch erwarten, dass sie den roten Faden durch dieses Dickicht der Haltung unseres Volkes, auch des Parlamentes, zum Teil auch des Bundesrates sehen bzw. ihm folgen können.

Die Aussenpolitische Kommission kritisierte am Zwischenbericht des Bundesrates das Kapitel über die wirtschaftlichen Auswirkungen des EWR-Neins, wie es in Ziffer 4 auf nicht ganz anderthalb Seiten festgehalten wird. Wir glauben, Herr Bundesrat Delamuraz, dass es doch ein wenig wenig ist, was wir uns auf nur anderthalb Seiten im Sinne eines Zwischenberichtes zur Frage vorlegen lassen müssen, welches die wirtschaftspolitischen Folgen des EWR-Neins vom 6. Dezember 1992 sind. Damals standen neben politischen Auswirkungen namentlich auch die wirtschaftlichen Folgen für unsere Volkswirtschaft, aber auch für die einzelnen Regionen im Mittelpunkt der Diskussionen; die Aussenpolitische Kommission erwartet vom Bundesrat, dass er hierüber mehr und vor allem tiefere Ausführungen macht. Dabei anerkennen wir die Haltung des Bundesrates, wie sie im Zwischenbericht dargelegt ist, wonach er den Zustand unserer Volkswirtschaft nicht allein auf das EWR-Nein oder die hohen Zinsen oder die Währung oder die Arbeitslosigkeit in unserem Staat oder die Probleme der Exportwirtschaft zurückführt, sondern dass er die Meinung vertritt, dass der heutige Zustand das Ergebnis der Entwicklungen und der Faktoren in den einzelnen Bereichen ist.

Die Tatsache, dass nur gerade zwei Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission die Kenntnisnahme des Berichtes verweigern, ist meines Erachtens letztlich doch eine sehr deutliche Aussage, dass wir den Bundesrat darin unterstützen, dass er Massnahmen für die Verfestigung unseres Staates mit Blick auf Europa unternimmt, und wir ihm, was ich nochmals betonen möchte, nicht in den Rücken schiessen dürfen.

Wir nehmen heute auch zu einer parlamentarischen Initiative Stellung: Es ist Ihnen bekannt, dass die CVP- und die SP-Fraktion je eine parlamentarische Initiative und Frau Grendelmeier persönlich eine parlamentarische Initiative eingereicht haben. Die CVP-Fraktion hat ganz rasch entschieden, ihre Initiative aus Verantwortung gegenüber der Sache, der Entwicklung und der Arbeit des Bundesrates zurückzuziehen. Die SP-Fraktion hat entschieden, ihre Initiative aufgrund der Tatsache zurückzuziehen, dass die Aussenpolitische Kommission eine Ihnen bekannte, heute allerdings bestrittene Motion eingereicht hat.

Es bleibt die Tatsache, dass Frau Grendelmeier an ihrer parlamentarischen Initiative festgehalten hat. Frau Grendelmeier, ich weiss nicht, welchen Entscheid Sie heute fällen, ob Sie allenfalls darauf zurückkommen. In der Kommission mussten Sie zur Kenntnis nehmen, dass mit Ausnahme von Ihnen und Ihrem einzigen Mitstreiter alle – Europabefürworter und Europegegner – die Meinung vertreten haben, dass Sie der Sache, die Sie vertreten, besser dienen, wenn Sie diese parlamentarische Initiative ebenfalls zurückzögen. Ich wage, hier zu behaupten, dass all jene, welche eine europafeindliche Politik betreiben möchten und dies auch tun, der parlamentarischen Initiative Grendelmeier, die einen fast unmittelbaren Beitritt zur EU will, zustimmen müssten. Dies aus dem ganz einfachen Grund, weil die Gegner jener Europapolitik, welche Sie vertreten und wie sie teilweise auch vom Bundesrat vertreten wird, dann mit einem negativen Entscheid eine neue Basis hätten.

Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass wir uns mit Blick auf die Verhandlungen, auf die Entscheidungen und auf die Arbeit unserer Unterhändler negative Entscheide in diesem Parlament überhaupt nicht mehr leisten können.

So bitte ich Sie, Frau Grendelmeier, nochmals inständig, nachdem Sie dann Ihre Ausführungen hier gemacht haben, doch den richtigen Schluss zu ziehen und Ihre parlamentarische Initiative zurückzuziehen, damit Sie nicht ein neues «Waterloo» herbeiführen und unsere Unterhändler in Brüssel letztlich mit einem negativen Entscheid weiterarbeiten lassen. Das würde nämlich bedeuten, dass uns all jene in Brüssel, welche uns negativ gesinnt sind, nachher vorhalten könnten, das Parlament sei ja dagegen, dass sie diese Arbeit weitermachen.

So bleibt mir festzuhalten: Wenn Frau Grendelmeier ihre Initiative – hoffentlich! – zurückzieht, steht noch die Kommission im Raum. Meine Herren Bundesräte, an und für sich ist es erfreulich, wie rasch die Verwaltung arbeitet, wenn es um eine Motion zur Europafrage geht. Es sind nicht ganz zehn Tage vergangen. Sie konnten in dieser Zeit die Motion zur Kenntnis nehmen, lesen und anschliessend die Apparate in Bewegung setzen. Nachher verhandelte der Bundesrat an einer Sitzung und kam sogar zu einem Beschluss! Bereits nach zehn Tagen brachte er uns aktenkundig zur Kenntnis, dass er bereit sei, die Motion zwar nicht als Motion, aber immerhin als Postulat entgegenzunehmen.

Was bedeutet das für uns? Die Kommission hat mit 14 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, die Motion dem Bundesrat als Motion zu überweisen. Ich persönlich war bei jenen, welche die Form des Postulates vorgezogen haben – dies aus dem einfachen Grund: Der Bundesrat kann die Motion nicht als solche entgegennehmen, weil sie zwei, drei Sätze und Aufträge enthält, welche der Bundesrat überhaupt nicht erfüllen kann.

Die Kommission beantragt Ihnen, die Motion als solche zu überweisen. Wie ich festgestellt habe, ist aber offenbar ein überwiegender Teil der Fraktionen dafür, den Vorstoss zwar nicht abzulehnen, aber ihn dem Bundesrat als Postulat zu überweisen.

Zur Motion des Ständerates (Cottier, 94.3144): Es geht dabei um die Informationspraxis des Bundesrates. Unsere Kommission beantragt Ihnen, diese Motion ebenfalls als Postulat zu überweisen. Wir haben uns mit 19 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung in diesem Sinne entschieden.

Wir beantragen Ihnen ferner grossmehrheitlich, vom «Zwischenbericht zur europäischen Integrationspolitik der Schweiz» Kenntnis zu nehmen und diesen als gemeinsame Diskussionsgrundlage für die Gestaltung der künftigen Europapolitik zu benutzen.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Rien ne serait plus fastidieux que de paraphraser un rapport que le Conseil fédéral lui-même qualifie de factuel. Notre gouvernement s'était engagé en 1993 à dresser un état des négociations. Il remplit aujourd'hui sa tâche avec un retard excusable qui s'explique par celui pris par les négociations à la suite de l'acceptation de l'initiative des Alpes. Dans son contenu et dans sa forme, le rapport est marqué par cette volonté du Conseil fédéral d'éviter une discussion sur le fond, jugée inopportune. D'une manière générale, le Conseil fédéral adopte une position prudente et il nous appartient maintenant – j'espère que M. Delamuraz, conseiller fédéral, ne m'en voudra pas – de faire quelques commentaires, dont il s'est dispensé probablement par gain de paix, et de tirer quelques conclusions. Ce qui ressort de la présentation de l'état de l'Union européenne, c'est qu'elle bouge. Elle bouge en profondeur à travers une mise en oeuvre des Traités de Maastricht. Cette avance se fait à des rythmes différents suivant ses trois piliers, mais elle n'en néglige aucun. L'union économique et monétaire appartenant au premier d'entre eux progresse et on se bat déjà pour le nom de l'écu. La politique étrangère et de sécurité commune manque certes encore d'assurance, mais, il faut bien le reconnaître, elle se trouve dès le départ confrontée aux situations les plus délicates, aux conflits les plus difficiles à maîtriser. En ce qui concerne la justice et les affaires intérieures, les Accords de Schengen sont entrés en vigueur. Qu'il me soit permis en passant de souligner à cet égard la clémence de l'Union européenne qui, véritablement, ménage la Suisse.

J'aimerais faire remarquer à ceux qui ont eu le mauvais goût de symboliser l'Union européenne par une botte militaire écrasant les droits démocratiques, qu'ils sont au moins en totale contradiction avec les faits. Si l'Union européenne, si les pays qui en font partie et qui sont parties aux Accords de Schengen appliquaient ces accords, ce serait très rapidement la paralysie dans la région de Genève, dans la région de Bâle et, par la suite, dans les régions de Saint-Gall et du Tessin. J'espère que vous prenez acte de cette attitude très positive de l'Union européenne.

En plus du travail effectué en profondeur, l'Union européenne ratisse large. L'apport des trois pays anciens membres de l'AELE l'ont agrandie de 37 pour cent en superficie et de 6,2 pour cent en population. Elle compte désormais 369 millions d'habitants sur 3,2 millions de kilomètres carrés. Après cette rapide extension, c'est vers les Peco que l'Union européenne se tourne résolument. Suite aux décisions de la réunion d'Essen (RFA) en décembre 1994, l'Union européenne a mis au point en six mois un Livre blanc, véritable guide indiquant aux pays d'Europe centrale et orientale les mesures à prendre pour se rapprocher de l'Union européenne en vue de l'adhésion. Dans quelques jours, les ministres de l'Union européenne et ceux des Peco en débattent à Cannes.

Il n'est naturellement pas possible de prédire le moment de leur adhésion. Il dépendra beaucoup de leur rythme d'adaptation, mais l'amarrage se fait, la volonté politique de l'Union européenne est ferme et si le processus pourra connaître un certain nombre de phases jusqu'à son aboutissement, il est quasiment irréversible.

Je ne m'étends pas trop sur l'EEE à propos duquel je reviendrai lors de la conclusion du débat. Je ne m'étendrai pas non plus sur l'hémorragie subie par l'AELE. Un seul chiffre extrait du rapport suffit à le faire comprendre. Le commerce intra-AELE a été réduit de 96,5 pour cent. Depuis quelques jours, le monde est soulagé, le siège de l'AELE est maintenu à Genève.

C'est vraisemblablement au chapitre 4, consacré aux conséquences du non à l'EEE, que le Conseil fédéral se montre le plus prudent. On peut naturellement le rejoindre lorsqu'il souligne qu'il est trop tôt pour juger de manière définitive des effets de notre isolement et que, dans bien des domaines, il n'est pas possible d'établir une relation directe de cause à effet entre le refus de l'EEE et l'évolution de notre économie. Toutefois, le lecteur avisé constate qu'après avoir un tout petit peu forcé sur le taux de croissance économique pour 1995, sur la non-augmentation du taux du chômage – on sait que nos chiffres sont trompeurs –, après avoir relativisé le facteur intégration parmi les divers facteurs déterminants pour le développement d'entreprises, et constaté que les retombées négatives n'ont jusqu'ici pas entraîné de dysfonctionnements, le Conseil fédéral énumère une série d'éléments négatifs: handicap psychologique dans les négociations commerciales, handicap pour accéder aux marchés publics étrangers, pénalisation due aux nécessaires adaptations exigées par les marchés étrangers, menace d'une érosion latente de la place suisse, retard dû au contrôle condamnant notre vocation de centre européen de distribution, obstacle à la libre circulation de collaborateurs à l'intérieur d'entreprises comprenant des succursales à l'étranger, pénalisation de notre compagnie aérienne, privation des transporteurs routiers suisses de la possibilité de faire du cabotage en Europe.

Même si dans deux des trois enquêtes faites auprès des entreprises l'importance de l'accès aux marchés est jugée moyenne par rapport aux autres facteurs, il faut savoir que ce degré d'importance peut varier énormément d'une région à l'autre. Vous êtes bien placé, Monsieur le Conseiller fédéral, pour savoir que toute la région d'Orbe était menacée économiquement, et d'une manière dramatique, en raison de la difficulté que nous avons à avoir un accord sur les produits agricoles transformés.

Sans faire du catastrophisme, on doit bien avouer que, dans de telles conditions de travail et de développement, il n'y a pas beaucoup d'espoir, et qu'il faut s'attacher résolument à

faire aboutir dans les meilleurs délais des négociations bilatérales sectorielles qui se sont d'emblée révélées ardues.

La comparaison entre les souhaits exprimés au départ par la Suisse et les sujets finalement retenus est révélatrice des priorités politiques et économiques à l'échelle européenne et de la détermination de l'Union européenne à voir l'ensemble des négociations progresser au nom du parallélisme approprié. Nous voulions ouvrir les négociations sur quinze fronts différents, c'est finalement sept domaines qui ont été retenus, cinq proposés par la Suisse et deux par l'Union européenne.

A la lecture du chapitre consacré aux premiers résultats des négociations bilatérales sectorielles, on sent bien que le climat varie d'un secteur à l'autre. On note la convergence des objectifs des deux partenaires en ce qui concerne les obstacles techniques aux échanges et l'accès aux marchés publics. Il existe cependant un noyau dur dans ces négociations.

Dans le secteur de la recherche, et plus encore dans celui des transports aériens et terrestres, ou dans la circulation des personnes, la confrontation reste forte, soit que les exigences communautaires touchent à des points sensibles de notre politique – limite de 40 tonnes pour les camions –, soit qu'elles postulent, au départ, la reprise par la Suisse de la totalité de l'acquis communautaire comme dans le domaine de la circulation des personnes. On perçoit bien que les compromis seront difficiles à trouver, et l'on est heureux de savoir que, pour ce dernier secteur, l'approche pragmatique présentée par la Suisse n'est pas rejetée en tant que position négociatrice de départ.

On comprend que l'accès aux marchés pour les produits agricoles, prioritaire pour l'Union européenne et qui s'inscrit dans le prolongement des Accords du Gatt, vient causer des difficultés supplémentaires à une agriculture suisse en profonde transformation, sinon en mutation. On comprend tout à fait que le Conseil fédéral préfère, dans de telles conditions, des négociations sous-secteur par sous-secteur, ou catégorie de produits par catégorie de produits.

Tous les secteurs exclus de la première phase des négociations sont naturellement sujets de déception comme d'inquiétude. Ils ont tous leur importance. J'ai déjà fait allusion aux menaces qui planent sur les entreprises de produits agricoles transformés, on peut en dire autant des entreprises textiles, en raison de l'absence d'un accord sur le trafic de perfectionnement passif.

J'aimerais exprimer aussi l'inquiétude des milieux universitaires, face à l'éventualité d'une mise à l'écart, même momentanée, de la Suisse du programme Socrates venu relayer le programme Erasmus.

Comparaison faite entre sujets de satisfaction et de déception, le bilan n'est pas encore très net. Il faut attendre le résultat des négociations pour se faire un jugement fondé, mais nous n'avons pas le choix. Nous nous sommes engagés dans cette voie. Il faut désormais poursuivre résolument avec la volonté d'aboutir, et nous devons, durant cette phase délicate, accorder notre confiance aux négociateurs et au Conseil fédéral qui a intérêt, en l'occurrence, à présenter un front uni.

Quelques mots pour expliquer les objectifs recherchés par la Commission de politique extérieure. Depuis l'été dernier, notre commission s'est appliquée à définir et à structurer une position majoritaire de manière à pouvoir se prononcer d'une façon cohérente face aux diverses initiatives populaires et parlementaires, ainsi que face aux motions pendantes en matière de politique européenne. Il s'agissait de trouver si possible un fort consensus sur une orientation qui, dans le maquis des interventions présentées, balise le champ d'action du Conseil fédéral et consolide sa position. A nos yeux, il est des signes que notre Parlement doit aujourd'hui donner, il en est d'autres qu'il appartiendra au peuple de donner ultérieurement à propos des initiatives populaires.

Cette démarche a conduit votre commission à présenter en dernière phase une motion, recommandant parallèlement aux différents auteurs d'interventions, que ce soient des

groupes ou des parlementaires, de les retirer afin d'obtenir leur alignement le plus important sur quelques points jugés déterminants dans les circonstances actuelles. Vous avez pu constater que les groupes démocrate-chrétien et socialiste ont suivi cette recommandation, M^{me} Grendelmeier, quant à elle, n'a pas retiré son initiative parlementaire.

La question que nous devons nous poser est de savoir si d'initiative parlementaire en motion, puis éventuellement de motion en postulat comme le souhaite le Conseil fédéral, nous ne sommes pas en train d'affaiblir singulièrement l'effet recherché et d'organiser une retraite des partisans d'une politique européenne profilée. Avant de me prononcer au nom de la majorité de la commission sur le maintien de la motion, j'attends l'argumentation bien sûr du Conseil fédéral, mais j'attendrai aussi la prise de position des membres de la commission, qui parleront bien sûr en leur nom, mais qui représenteront aussi les partis gouvernementaux. Je suspends donc la décision à la fin du débat.

Nous tenons dans notre motion 95.3203 à rappeler que l'objectif stratégique de la politique d'intégration, c'est l'adhésion à l'Union européenne, tout en laissant, au point 5 de la motion, le soin au Conseil fédéral de voir au cours de la prochaine législature quand le moment sera venu de relancer la procédure. Aux points 1 et 2, nous demandons la poursuite des négociations sectorielles prioritaires jusqu'à la fin de 1995, date à laquelle doit intervenir un bilan. Cette exigence nous paraît justifiée au vu du rapport intermédiaire lui-même. On peut en effet y lire: «Le rythme des négociations sera soutenu et devrait donner des résultats substantiels durant 1995.» Pour l'Union européenne, c'est pendant le premier semestre encore que ces résultats substantiels devront intervenir.

Si, après de tels engagements, un premier bilan n'est pas possible ou n'est que partiel, c'est que les négociations bilatérales sectorielles butent sur d'importants obstacles, voire s'enlisent, et nous estimons qu'il est justifié de nous en informer. Nous savons qu'au cœur des négociations, il y a deux dossiers chauds. En ce qui les concerne, il conviendra à nos yeux de faire un bilan le plus juste possible des conditions nécessaires pour faire aboutir les négociations. L'analyse coûts/bénéfices devra porter tant sur le plan politique qu'économique.

Enfin, la plupart des membres de la commission pensent que l'Union européenne va certainement vivre une phase de transformation durant la conférence intergouvernementale de 1996. Est-ce que ce sera une évolution tendant au fédéralisme, voyant les composants reprendre du poids? Est-ce que ce sera une véritable mutation institutionnelle? Il est encore prématuré de le dire, mais à l'évidence les référendums sur Maastricht I ont prouvé que l'Union européenne ne pouvait progresser sans une adhésion plus large de la population, sans combler son déficit démocratique.

Nous estimons qu'à condition de rappeler que notre objectif stratégique est l'adhésion, nous devons pouvoir être considérés comme candidat à cette dernière, et, à un titre équivalent à celui des pays d'Europe centrale, pouvoir jouir d'un statut d'observateur durant cette conférence.

Pour conclure, je dirai, à l'inverse du Conseil fédéral, que ce rapport doit donner lieu au débat qui va suivre pour deux raisons essentielles et complémentaires:

1. En prenant acte de ce rapport, même positivement, à supposer que nous voulions appliquer par anticipation notre nouveau règlement, nous n'aurions pas donné les signaux précis qu'attendent différents milieux tels que la base des partis, les milieux économiques, les partenaires sociaux, et nous aurions entretenu un flou sur nos positions respectives aux effets déplorables sur les citoyennes et les citoyens et sur l'opinion publique en général.

2. Cette clarification est d'autant plus nécessaire aujourd'hui que les débats concernant les initiatives populaires – celle de la Lega dei Ticinesi et des Démocrates suisses ainsi que celle du mouvement «Né le 7 décembre 1992» – risquent d'intervenir après les élections de cet automne.

C'est là une deuxième bonne raison d'avoir un débat maintenant. Le Conseil fédéral a déclaré en effet que ses messages

portant sur les initiatives populaires n'interviendraient qu'à la fin de cet été. Dans ces circonstances, le danger est grand que nous ne puissions pas les traiter durant la session d'automne. Or, votre Commission de politique extérieure s'est déterminée sur ce point à une forte majorité. Elle a jugé que nous devons nous prononcer sur un des éléments capitaux de notre politique actuelle avant les élections du mois d'octobre. Le vote sur sa motion a aussi valeur de test. Que chacun prenne ses responsabilités vis-à-vis de perspectives qui touchent aussi bien notre politique extérieure qu'intérieure et la manière de les conduire à l'avenir.

Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à prendre acte du rapport du Conseil fédéral et, par conséquent, à repousser la proposition de renvoi de la minorité de la CPE, à ne pas donner suite à l'initiative Grendelmeier, à transmettre la motion de la CPE, éventuellement sous forme de postulat, et à transmettre au Conseil fédéral sous forme de postulat la motion du Conseil des Etats (Cottier).

Moser René (A, AG), Sprecher der Minderheit: Wie Sie wissen, habe ich den Antrag auf Rückweisung dieses Zwischenberichtes nur deshalb gemacht, weil unter den Ziffern 4.2 und 4.3 – «Grundlagen und Gesamtbeurteilung», «Einzelergebnisse» – Behauptungen und subjektive Meinungen von blauäugigen «Euphorikern» stehen.

Gemäss den Schlussfolgerungen des Berichtes sollen die Ergebnisse in die Öffentlichkeit getragen werden. Es ist für mich und die Freiheits-Partei nicht akzeptabel, dass in einem so sensiblen Bereich keine Fakten, sondern ausschliesslich Interpretationen aus dem Blickwinkel dieser eben genannten Euroturbos in alle Landesgegenden gestreut werden sollen.

Gestatten Sie mir jetzt einige Bemerkungen zu Ziffer 4.2, «Grundlagen und Gesamtbeurteilung»:

Der Bundesrat hat für teures Geld acht EWR-Schadenstudien in Auftrag gegeben. Zusätzlich hat er Umfragen von verschiedenen EWR-Befürworterorganisationen beigezogen und – «last but not least» – Botschaftsbeobachtungen unserer Getreuen im EWR-Raum für die Gesamtbeurteilung organisiert.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Bericht in der Gesamtbeurteilung – ich zitiere es, weil das sehr wichtig ist – festhält: «Generell ist festzuhalten, dass es negative wirtschaftliche Auswirkungen gibt, welche mit der gegenwärtigen integrationspolitischen Situation in Verbindung gebracht werden müssen. Hinweise, wonach der schweizerischen Volkswirtschaft aus der Nicht-Teilnahme auch Vorteile erwachsen, finden sich kaum. Sie sind im wesentlichen auf jene Fälle beschränkt, in denen schweizerische Unternehmen heute vor ausländischer Konkurrenz geschützt bleiben, dies zum Nachteil der Konsumenten, Steuerzahler und Unternehmen aus anderen Branchen.» Gerade dieser Satz ist eine Ungeheuerlichkeit.

Ich darf Sie einladen, sich einmal die neuesten Ergebnisse des vom «Trainingslager» übergetretenen Staates Österreich zu Gemüte zu führen. Dort hat die Mogelpackung der gefoppten Bevölkerung offenbar nichts als Nachteile gebracht. Dort bezahlen die Konsumenten die Zeche des EU-Beitritts mit einem Verbraucherpreisindex, der um 2,4 Prozent gestiegen ist. Sogar die Arbeiterkammer gibt kleinlaut zu, dass ein Vierpersonenhaushalt nach dem EU-Beitritt monatlich nicht 1000 Schilling mehr – wie dies von den Wiener EU-Verführern vor dem Beitritt versprochen wurde –, sondern durchschnittlich 320 Schilling weniger im Geldbeutel hat. Das ist Tatsache.

Ein Wort zu bestimmten Gutachten: Obschon es für zukünftige Ereignisse gar keine Gutachten geben kann, bestenfalls nur Prognosen, versteigen sich bestimmte Gutachter in Aussagen, wie sie in diesem Bericht zu finden sind. Carl Baudenbacher zum Beispiel, Ordinarius für Privat-, Handels- und Wirtschaftsrecht, begnügt sich nicht nur mit seiner beruflichen Aktivität, er fühlt sich auch zuständig für Wirtschaftsexperten. Sein für den Kanton St. Gallen erstelltes Gutachten findet interessanterweise auch in diesem Bericht einen besonderen Stellenwert. So behauptet Baudenbacher, dass

grenzüberschreitend tätige Unternehmungen durch technische Handelshemmnisse erheblich belastet würden. Die Folge seien auch langsamere und aufwendigere Abfertigungen an der Grenze. Trotz dieser Desinformation übernimmt der Bundesrat diese absolute Falschaussage, um dann gleich wieder zu präzisieren, dass die entsprechenden Grenzkontrollen auch im Falle der EWR-Teilnahme nicht weggefallen wären. Ein Viertel der grenzüberschreitend tätigen Firmen möchten oder wollten eine Teilauslagerung in den EWR, meint Baudenbacher.

Der Bundesrat folgt dem Gutachter und meint, dass diese schleichende Erosion der Standortattraktivität ernst zu nehmen sei. Das ist schon richtig, wenn dem so ist, uns sind aber leider nur ganz wenige Fälle bekannt geworden, z. B. die Wild AG in St. Margrethen, die die Hälfte ihres Betriebes, es sind 10 Mitarbeiter, nach Bregenz verlagert hat. Da möchte ich doch bitten, mit handfesten Zahlen anzurücken und nicht einfach Auswanderungsmärchen zu erzählen! Weiter schreibt der Bundesrat – offenbar von einem Gutachter beiseelt –, dass schweizerische Detailhandelsunternehmen beginnen würden, im benachbarten Ausland Niederlassungen zu errichten. Es komme zu einer Verlagerung von Wertschöpfungsanteilen und Arbeitsplätzen ins Ausland. Meint der Bundesrat etwa, die «glorreichen Ausritte» eines Grossverteilers nach Österreich? Er wäre gut beraten, mit diesen Künstlern der Verlagerung von Wertschöpfungsanteilen einmal ins Gespräch zu kommen, vielleicht stünden dann solche Wahrsagereien nicht im Bericht.

Im Bericht sind unter Ziffer 4.3 sogenannte Einzelergebnisse aus Umfragen des Vorortes und aus verschiedenen anderen Quellen dokumentiert. Dabei bestätigt der Bundesrat, dass diese schwergewichtig auf Befragungen abstellen. Lassen Sie mich hierzu klarstellen, dass Befragungen von nichtprofessionellen Vereinigungen im Fachjargon «Herumhorcherei» genannt werden.

Es ist einfach nicht zulässig, diesen Zwischenbericht widerspruchslos zur Kenntnis zu nehmen. Mit dieser zweifelsohne einseitigen Interpretation soll das Schweizer Volk durch gezielte PR-Massnahmen falsch informiert und weiter verunsichert werden.

Es gibt eine Aussage, die in diesem Bericht fehlt, nämlich dass ein Schaden wegen des EWR-Neins wissenschaftlich überhaupt nicht ermittelt werden kann, denn eine Trennung zwischen Struktur, Konjunktur und Effekten des EWR-Neins ist schlichtweg nicht möglich.

Ich frage den Bundesrat, ob es jetzt nicht an der Zeit wäre, anstatt mit unseren Steuergeldern laufend Schadenstudien zu machen, Studien über die Zukunft der Schweiz zu machen. Als Beispiel: Welches sind die möglichen Wachstumsbranchen für die Schweiz? Wo sind die neuen Wachstums- und Nischenmärkte der Schweiz? Welches sind die zukünftigen Wirtschaftsstrukturen der Schweiz? Welches sind die neuen Bedingungen auf dem Weltmarkt?

Weil ich noch Redezeit zur Verfügung habe, möchte ich Ihnen ein paar wichtige Vorteile aufzählen, welche der Bericht aus lauter EU-Verblendung nicht zur Kenntnis nimmt. Nach dem EWR-Nein sind Unmengen von Geldern in die Schweiz geflossen. Warum wohl? Die Zinsentwicklung ist für die Schweiz äusserst vorteilhaft verlaufen. Wir sprechen von einer Zinsinsel. Warum wohl? Die Mehrwertsteuer hält sich im Vergleich zur EU auf niedrigerem Niveau in Grenzen. Warum wohl? Der Schweizerfranken ist seit Jahren weltweit zu einer der härtesten Währungen zu zählen. Warum wohl? 1994 haben wir in allen wichtigen EU-Ländern Rekordüberschüsse bei den Exportgütern erreicht – das erwähnt der Bundesrat allerdings. Warum wohl? Die Entwicklung der Arbeitslosenrate ist unvergleichbar besser als in der EU verlaufen. Warum wohl? Auch ein wichtiger Punkt, der irgendwie immer wieder untergeht: Die Wirtschaftshoheit liegt in der Schweiz nach wie vor bei uns selbst, und wir können weltweit – es muss zur Kenntnis genommen werden, dass das ein eminent wichtiger Punkt ist – wie gewohnt in eigener Regie bilaterale Abkommen aushandeln.

Ich bitte Sie deshalb, den Rückweisungsantrag der Minderheit zu unterstützen.

Frey Walter (V, ZH), Sprecher der Minderheit: Ich darf im Namen meines verhinderten Kollegen Fischer-Hägglingen, aber auch im Namen der SVP-Fraktion zur vorliegenden Motion der Aussenpolitischen Kommission Stellung nehmen.

Wie kam es zu dieser Motion? Als die – in ihrer grossen Mehrheit aus aktivistischen Befürwortern der Europaintegration zusammengesetzte – Aussenpolitische Kommission bei der Behandlung der drei parlamentarischen Initiativen feststellte, dass diese entweder nicht durchführbar oder ihrem Ziel nicht dienlich sind und daher abgelehnt oder zurückgezogen werden müssen, verbreitete sich Angst, die Angst, vor seinen Gesinnungsfreunden das Gesicht zu verlieren.

Statt in sich zu gehen und festzustellen, dass man in seinem Europaaktivismus über das Ziel hinausgeschossen hatte, beschloss man, eine Kommissionsmotion auszuarbeiten, welche im wahrsten Sinne des Wortes in Rekordzeit aus einem Bericht der Aussenpolitischen Kommission zusammengebastelt wurde.

Das Resultat ist unhaltbar, und ich beantrage Ihnen im Namen der Minderheit und der SVP-Fraktion, dieses Motion nicht zu überweisen. Den Bundesrat bitte ich, diesen Vorstoss auch nicht als Postulat entgegenzunehmen – der politischen Hygiene zuliebe.

Ich will mich bei der Begründung dieses Antrages nicht hinter juristischen Spitzfindigkeiten verstecken und die Frage, ob der Inhalt dieser Motion überhaupt motionswürdig sei, offenlassen. Es geht um den Inhalt. In diesem Rat wurde bereits über die Strategie des Bundesrates diskutiert, wo ausdrücklich festgehalten wird, das strategische Ziel des Bundesrates sei es, den Beitritt zur EU anzustreben. Dieses Ziel zu verfolgen und gleichzeitig zu beteuern, dass die bilaterale Zusammenarbeit erste Priorität habe, ist Heuchelei und, was noch schlimmer ist, eine ausgesprochen schlechte Verhandlungsbasis für unsere Leute in Brüssel. Ich kenne keinen ernstzunehmenden Wirtschaftsführer, der bei einer ähnlichen Ausgangslage oder bei der wegweisenden Wichtigkeit dieser Angelegenheit für die Zukunft ähnlich handeln würde. Schade! Dieser Rat hat diesen Irrweg bereits «positiv zur Kenntnis genommen».

Was will nun die Motion? Der Text liegt vor Ihnen:

Zu Punkt 1: Es gibt nur sektorielle Verhandlungen, keine prioritären. Solche sind mir auf jeden Fall nicht bekannt. Bilaterale Verhandlungen sind für die Schweiz ein jahrhundertaltes Dauerthema und werden auch weiterhin ein Dauerthema bleiben. Ich erinnere Sie, dass das Versicherungsabkommen allein 17 Jahre bis zur Ratifikation gebraucht hat. Nun sollen diese Verhandlungen nur bis Ende 1995 andauern dürfen. Man setzt sich selbst in Zugzwang und verliert, was für solche Verhandlungen entscheidend ist, Glaubwürdigkeit nach aussen und innen, meine Herren Bundesräte.

Zu Punkt 2: Die auf Ende 1995 verlangte Bilanz kann also höchstens eine Zwischenbilanz sein.

Zu Punkt 3: Dieser groteske Punkt gibt alle der Lächerlichkeit preis, egal, ob sie zum heutigen Zeitpunkt positiv oder negativ zur EU eingestellt sind. Der Bundesrat soll die erwähnte Bilanz 1995 mit Ergebnissen, welche bei allfälligen EU-Beitrittsverhandlungen erzielt werden könnten, vergleichen. Zu Verhandlungen braucht es aber zwei. Die Resultate sind nicht voraussehbar, hängen sie doch nicht nur von unserer, sondern auch von der Entwicklung der EU ab. Es ist also unmöglich, dass der Bundesrat diesen Auftrag erfüllen kann. Und wie stellt man sich die Berücksichtigung eines sogenannten Echos auf gewisse sektorielle Verhandlungen vor? Finger in die Luft, Meinungsumfragen, bestehende oder angestrebte Referenden in Betracht ziehen, wissenschaftliche Studien anstellen? Der Beliebigerkeit sind Tür und Tor geöffnet.

Ob mit einer solcherart angestrebten Politik das notwendige Vertrauen des Schweizervolks in die Aussenpolitik des Bundesrates und des Parlamentes geschaffen werden kann, bezweifle ich.

Zu den Punkten 4 und 5: Punkt 4 der Motion ist eine Selbstverständlichkeit und Punkt 5 die Entlarvung der ganzen Motionsübung. Man möchte, dass der Bundesrat von seiner schon vorhandenen Kompetenz Gebrauch macht, das EU-

Beitritts-gesuch zu reaktivieren, spätestens bei der Behandlung der Volksinitiative «Ja zu Europa!», die bis heute noch gar nicht zustande gekommen ist.

Ich schäme mich für die Aussenpolitische Kommission, welche im Rahmen des neuen Geschäftsverkehrsgesetzes zusätzliche Kompetenzen erhalten hat, dass – wenn auch bei einer dürtigen Präsenz – eine solche Motion überhaupt zur Überweisung empfohlen wurde. Sie verwirrt die Öffentlichkeit, den Bundesrat und die EU. Der Bundesrat hat sich mit seiner falschen und übereilten strategischen Zielsetzung seine Ausgangslage für die bilateralen Verhandlungen schon zur Genüge erschwert. Mit falschem Aktivismus verbessern wir diese Lage nicht. Den äusserst schwachen Zwischenbericht zur Integrationspolitik der Schweiz kann man zur Kenntnis nehmen, auch wenn man damit nicht einverstanden ist. Mit einer Überweisung dieser Motion, auch als Postulat, unterterminieren wir jedoch nach aussen und innen jede Glaubwürdigkeit der schweizerischen Europapolitik.

Pini Massimo (R, TI): E' giunto il momento per qualcuno che ha vissuto per anni e anni la tribolazione europea – questa grande, splendida utopia – per dire le cose come stanno. Fin quando noi abbiamo personalmente vergogna di parlare di federalismo, io non ho altre vie da scegliere che di manifestare questa mia disapprovazione, nei confronti non tanto di uno o l'altro consigliere federale, ma nei confronti di un rapporto che non porta e non sottolinea nemmeno un istante tutta la problematica federale.

Si on veut l'Europe, on ne peut pas la concevoir centraliste. Elle doit être «une unité dans la diversité». Il me semble qu'on ne va pas au-delà des limites de la raison ou de l'utopie si on dit finalement qu'on ne veut pas une Europe centraliste, mais fédéraliste.

J'ai été un fédéraliste convaincu de la première heure et je vois encore l'oeil très vif de M. Hans Bauer qui était président du Mouvement fédéraliste suisse pour l'unité de l'Europe. Par cet enseignement, qui était aussi celui de Denis de Rougemont, je ne vois justement pas autre chose qu'une Europe fédéraliste: «l'unité dans la diversité». J'aurais bien aimé que ce magnifique rapport sur l'intégration ait le courage d'affirmer que nous voulons nous approcher d'une Europe fédéraliste et pas n'importe laquelle.

Non vogliamo una Europa qualunque, vogliamo una Europa federalista. E' questo che volevo dire – non contro l'onorevole Cotti, e nemmeno contro l'onorevole Delamuraz, a cui rivolgo un omaggio particolare, pour leur endurance, celle dont ils ont fait preuve au Conseil fédéral.

Mais l'opinion publique doit finalement savoir ce qu'elle veut comme Europe. Est-ce qu'on veut une Europe centraliste ou une Europe fédéraliste? Personnellement, j'aimerais une Europe fédéraliste – c'est une grande utopie, d'ailleurs encore que l'utopie socialiste –, «l'unité dans la diversité». Je le dis avec tout mon coeur. J'ai passé dix ans à Strasbourg et j'ai toujours prêché ce «vademecum» pour moi et pour les autres. L'Europe, oui! Comment? L'Europe fédéraliste, «l'unité dans la diversité». C'est pour ça que je désapprouve ce rapport intermédiaire dans lequel on ne trouve pas – je l'ai relu trois fois – un seul élan fédéraliste. Si on retrouve cet élan dans la politique étrangère, tant mieux! Mais finalement, l'opinion publique ne comprend pas aujourd'hui ce qu'on veut comme Europe, une Europe centraliste ou fédéraliste. Moi, je tiens à une Europe fédéraliste!

Nabholz Lili (R, ZH): Namens der FDP-Fraktion möchte ich dem Bundesrat sehr herzlich für diesen Zwischenbericht danken. Wir nehmen von ihm Kenntnis und lehnen den Antrag der Minderheit Moser auf Rückweisung und den Antrag Pini auf Kenntnisnahme in ablehnendem Sinne ab.

Dieser Zwischenbericht enthält eine schnörrkellose, ja geradezu nüchterne Bestandesaufnahme. Obschon in der Einleitung zum Bericht betont wird, es gehe nicht darum, hier über weitere Integrationsschritte zu debattieren, eine Debatte über Für und Wider eines EU-Beitrittes zu lancieren, ist es erstaunlich, dass wir bereits wieder mitten in diesem Thema stecken.

Mit diesem Bericht ist eine Momentaufnahme verbunden, wobei es weniger die Momentaufnahme ist, die den interessanten Teil beinhaltet, sondern die entwicklungsfähigen, prozesshaften Elemente, die aus dem Bericht herauszulesen sind. Es ist eine Prozesshaftigkeit, die sowohl innerhalb der EU als auch in unserem eigenen Lande festgestellt wird – eine Prozesshaftigkeit auch bezüglich der Folgen des EWR-Neins und der nun angelaufenen bilateralen sektoriellen Verhandlungen. Es wäre deshalb verfrüht, wenn wir hier und heute bereits abschliessend eine politische Wertung, ja Beurteilung des erreichten Zustandes vornehmen würden. Weitere Berichte werden folgen; deshalb möchte ich gerne meinem Wunsche Ausdruck geben, dass in diesen künftigen Berichten nicht nur die ökonomischen und damit die messbaren Folgen unserer Situation beurteilt werden, sondern dass auch die politische Dynamik, die in diesem Lande ja Bürgerinnen und Bürger beschäftigt, beurteilt und gewichtet werden soll.

Nach dem 6. Dezember 1992 haben praktisch alle politischen Kräfte bilaterale Verhandlungen gefordert. Diese sind in der Zwischenzeit angelaufen und werden sowohl seitens des Bundesrates als auch der beauftragten Unterhändler mit grösster Intensität geführt. Dass dabei auch die Europäische Union auf ihre Interessen pocht, ist nicht mehr als normal, denn es wäre doch etwas gar naiv, zu glauben, unsere Verhandlungspartner hätten nur darauf gewartet, das von uns gewünschte «menu à la carte» zu servieren. Es ist auch nicht mehr als verständlich, dass im nun geschnürten Verhandlungspaket auch für uns delikate politische Themen wie freier Personenverkehr und Transportfragen aufs Tapet gekommen sind. Wir möchten ausdrücklich festhalten, dass der vom Bundesrat gewählte Verhandlungsansatz bei diesen Paketen unsere volle Unterstützung findet.

Es macht unseres Erachtens angesichts der Wichtigkeit dieser Verhandlungen keinen Sinn, ja es ist geradezu verantwortungslos, wenn in dieser heiklen Phase des Handelns politische Aktivitäten entwickelt werden, die das Verhandlungsklima stören. Wir vertrauen auf den Bundesrat, dass er und seine Mannschaft loyal auf optimale Resultate hinarbeiten. Wenn man die Verhandlungen von vornherein als gescheitert deklariert, dem Bundesrat gar in den Rücken fällt oder versucht, immer wieder neue Weichen zu stellen, erreichen wir gar nichts. Solche Manöver schaffen nur Verunsicherung, und das sowohl im Landesinnern als auch gegenüber aussen.

Die FDP-Fraktion sieht sich in die Verantwortung eingebunden und setzt sich dafür ein, dass der Bundesrat im Inneren optimale Bedingungen für seine Verhandlungsführung hat. Wir stehen zu unserer gemeinsamen Führungsverantwortung. Diese lässt es nicht zu, langfristige Allgemeininteressen wegen einer kurzfristigen politischen Stimmungsmache und Störmanövern aufs Spiel zu setzen.

In diesem Zusammenhang darf man es auch nicht bei der Nabelschau bewenden lassen, sondern man muss auch die Aussenwirkungen bedenken. Als kleines Land sind wir auch auf das Verständnis, ja auf den Goodwill unserer Verhandlungspartner angewiesen. Den aussenpolitischen Signalwirkungen, die mit Verunglimpfung etwa der EU und ihrer Institutionen verbunden sind, sollte deshalb in der öffentlichen Diskussion unbedingt vermehrt Beachtung geschenkt werden.

Auch wenn die bilateralen sektoriellen Verhandlungen nur eine begrenzte Palette von Themen erfassen, sind sie wichtig, um einerseits den Schaden des EWR-Neins zu begrenzen. Andererseits bedeuten sie auch eine Erleichterung für spätere weitere Integrationsschritte. Diesbezüglich bestehen verschiedene Möglichkeiten, über die dann zu gegebener Zeit – nicht heute – debattiert werden wird.

Konzentrieren wir uns darum auf die laufenden Verhandlungen, ohne allerdings den Blick auf das weitere Ziel aus den Augen zu verlieren. In diesem Sinn wird die Mehrheit der FDP-Fraktion der Überweisung der Motion der Aussenpolitischen Kommission (95.3203) in Form eines Postulates zustimmen. Wir wollen damit einerseits den Bundesrat in seinem eingeschlagenen Kurs unterstützen, andererseits ihm aber nicht in der strengen Form der Motion verbindliche, fe-

ste Termine vorgeben. Wir sind der Meinung, dass auch hier die Kompetenzen zwischen Parlament und Bundesrat nicht verwischt werden sollten, dass es deshalb auch nicht Sache des Parlamentes ist, hier den Bundesrat terminlich zu binden.

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen und unsere Anträge mit zu unterstützen. Die parlamentarische Initiative Grendelmeier (94.440) lehnen wir ab.

Rychen Albrecht (V, BE): Die einen wollen möglichst rasch den Beitritt zur EU bewerkstelligen, die andern sagen zur Europäischen Union: nie und nimmer. Aus der Sicht der SVP sind beide Standpunkte unrealistisch und damit wenig hilfreich.

Die EU-Beitrittsfrage stellt sich zurzeit überhaupt nicht. Das EWR-Nein vom Dezember 1992 ist nicht nur zu respektieren, sondern auch umzusetzen. Die schweizerische Aussenpolitik in bezug auf die EU hat sich voll auf die bilateralen Verhandlungen zu konzentrieren. Andererseits ist es notwendig, die Entwicklungen innerhalb der EU genau zu verfolgen und alle künftigen Möglichkeiten im Verhältnis Schweiz/EU offenzulassen – Wahlen hin oder her. Unser Verhältnis zu Europa ist und bleibt ein wichtiges Thema. Mit oder ohne Mitgliedschaft der Schweiz beim EWR oder bei der EU: Die europäischen Partner sind und bleiben für uns vital wichtige Partner. Die Entwicklung in Europa hat so oder so Auswirkungen auf unser Land, und dabei geht es um wichtigste Interessen unseres Volkes. Fazit: Die Europapolitik bleibt auf der Traktandenliste. Damit ist sie dieses Jahr – sagen wir es ganz offen – auch ein Wahlkampfthema.

Die politische Diskussion muss geführt werden, pro und kontra, und es muss auch diese gegensätzliche Positionen geben. Ich persönlich warne aber vor einer allzu grotesken innenpolitischen Schwarzweissmalerei. Die europapolitischen Hitzköpfe hüben und drüben, quer durch die Parteien, dürfen nicht immer mehr dominieren. Wir haben nämlich Wichtiges zu tun, als uns in unversöhnliche Fronten hineinzumanövrieren und die Polarisierung weiter wuchern zu lassen oder gar zu pflegen.

Zwei, drei Worte zur Entwicklung innerhalb der EU, die ja für uns ebenso wichtig ist wie die Entwicklung im Verhältnis zur EU: Die Zukunftsvisionen innerhalb der Europäischen Union sind recht unterschiedlich. Die einen wollen ein Kerneuropa, die andern drängen auf eine Erweiterung nach Osten. Dritte glauben, es sei nötig, das Erreichte zu konsolidieren. Offen ist, wie weit sich die Vorgaben, mehr Subsidiarität, mehr Föderalismus und mehr Bürgernähe, in der EU tatsächlich umsetzen lassen.

Völlig unsicher ist derzeit, welche Elemente des Maastrichter Vertrages in den nächsten zehn Jahren verwirklicht werden. Vieles deutet auf eine Verlangsamung der Entwicklung hin, und bei einer allfälligen Erweiterung nach Osten müsste die EU zweifellos einige ihrer bisherigen Politiken grundlegend überdenken und neu gestalten. Ich denke da zum Beispiel an die Agrarpolitik.

Für die Schweiz gilt es, diese Entwicklungen vorurteilslos zu beobachten und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die soziale und politische Interessenlage hin zu beurteilen. Sowohl die interne EU-Entwicklung wie auch deren Auswirkungen auf die Schweiz sollten in der Öffentlichkeit sachlich diskutiert werden können.

Zu den bilateralen Verhandlungen: Die EU ist bekanntlich bereit dazu, und sie ist daran, mit uns zu verhandeln. Gleichzeitig hat sie aber deutlich gemacht, dass innerhalb der einzelnen Abkommen und zwischen den Abkommen ein Gleichgewicht der Interessen bestehen müsse. Damit will die EU offenbar verhindern, dass bei einer Volksabstimmung in der Schweiz nur jene Abkommen überleben, die einer Seite passen. Diese Position der EU ist für uns schwierig, aber sie kann kaum überraschen. Damit ist auch klar, dass insbesondere die Bereiche des freien Personenverkehrs und der Verkehrsfragen – Stichwort: 40 Tonnen – zu ganz zentralen Fragen der Verhandlungen geworden sind.

Offenbar gibt es auch in diesem Rat die Idee, man könne eine Art bilateralen EWR aus der Schublade zaubern. Das

scheint uns, aus der Sicht der SVP, kaum möglich zu sein. Vor allem wäre in einer solche Konstruktion die institutionelle Ausgestaltung auf der Seite der Schweiz zu schwach, und sie wäre für uns nachteilig. Der sogenannte freie Personenverkehr mit Europa steht im Zentrum der Verhandlungen; machen wir uns nichts vor.

Der gültige Arbeitsvertrag ist das zentrale Element für den freien Personenverkehr; das Hin und Her aller Menschen in Europa ist keine Lösung. Der Bundesrat will das Dreikreismodell nach und nach umsetzen – wir haben dies unterstützt –, und zwar zugunsten der Liberalisierung gegenüber den westeuropäischen Ländern. Man will die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten sowie der übrigen Welt, also zweiter und dritter Kreis, entsprechend einschränken. Die Stabilität des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften wäre damit zu erreichen. Die SVP-Fraktion meint aber, dies sei nur bei wirklich konsequenter Handhabung durch den Bundesrat möglich. Die SVP hat in ihren Vernehmlassungen in den Jahren 1993 und 1994 diesem Prinzip zugestimmt und sogar darauf gepocht, dass es im Sinne einer marktwirtschaftlichen Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik wirklich umgesetzt wird. Das heisst, dass die schweizerischen Arbeitskräfte auch auf dem europäischen Markt ihre Chancen bekommen; und uns fehlen ja zum Teil auch die Fachkräfte.

Zur Problematik des Saisonnierstatutes hat sich unsere Partei auch schon geäussert, und im Rahmen dieses Zwischenberichtes sei daran erinnert: Von den einen verschrien, von den anderen als unverzichtbar angesehen, muss auch das Saisonnierstatut diskutiert werden. Fest steht, dass die Wirtschaft auf den Status des Kurzaufenthalters angewiesen ist. Das Saisonnierstatut ohne valablen Ersatz abzuschaffen kann nicht zur Diskussion stehen. Es wird vielmehr darum gehen müssen, ein «Eurokurzaufenthalterstatut» für einen Aufenthalt unter einem Jahr zu schaffen, das den Bedürfnissen der betroffenen schweizerischen Wirtschaft entspricht. Die EU kennt bereits den Status des Wanderarbeiters. Weiter ist zu bedenken – und dies ist für die Befindlichkeit in unserem Land nicht ganz unwichtig –, dass bei Kurzaufenthalten von Arbeitskräften aus dem europäischen Raum das Bedürfnis, das Lebenszentrum zu verändern und die Heimat definitiv zu verlassen, nicht mehr sehr gross ist. Aber dennoch ist die Frage des Familiennachzuges für uns schwierig. Zum brisanten Politikum wird das Thema freier Personenverkehr aus der Sicht der SVP im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylproblematik. Die Angst vor der Überfremdung wird von einem Teil in diesem Rat ganz einfach unterschätzt. Der unkontrollierte Zuwachs der Zahl der Ausländer muss in dem Sinn ernst genommen werden, als eine Limitierung nötig ist. Kein Land in Westeuropa mit ähnlichen Strukturen hat einen so hohen Ausländeranteil. Wenn man das einfach vom Tisch wischt, geht man an einer zentralen Frage vorbei. Wir erwarten und vertrauen darauf, dass in den Verhandlungen auch die Kontingentsfrage auf dem Tisch bleibt und dass die Schweiz nur bilaterale Verträge abschliesst, wenn zugunsten der Schweiz klare Resultate betreffend Kontingente erzielt werden können.

Die SVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht des Bundesrates. Gleichzeitig lehnen wir die parlamentarische Initiative Grendelmeier und auch die Motion der Aussenpolitischen Kommission ab, die übrigens mit einer sehr schwachen Mehrheit angenommen wurde: Die Zahl jener, die sich der Stimme enthielten, war fast grösser als die Zahl jener, die stimmten. Kollege Frey Walter hat erklärt, warum: Die Motion enthält zeitliche Limiten, die völlig unrealistisch sind. Wir lehnen sowohl die parlamentarische Initiative Grendelmeier wie auch die Motion der APK ab.

Ausdauer und Koordination und viel Realitätssinn sind bei diesen Verhandlungen erforderlich. Wir vertrauen der Verhandlungsdelegation, dass sie für unser Land das Beste herausholt. Beschäftigen wir uns endlich mit den Fakten und nicht mit Ideologien und verbohrten Standpunkten!

Vollmer Peter (S, BE): Formell liegt uns hier der Zwischenbericht zur europäischen Integrationspolitik der Schweiz

vor. Man hat es in den bereits gehaltenen Voten deutlich gemerkt: Das ist natürlich die Gelegenheit, eine Standortbestimmung zu Europa zu machen. Man hat es in diesem Parlament immer gewünscht, sich noch in diesem Jahr zu Europa auszusprechen. Jetzt haben wir diese Aussprache, und wenn ich in den Saal schaue, muss ich feststellen, dass sehr viele Stühle leer sind und das Echo offenbar bescheiden ist. Es wäre zu schön, anzunehmen, dass die Kolleginnen und Kollegen, welche jetzt nicht hier sind, vielleicht längst gemerkt haben, dass die wichtigen politischen Entscheide immer mehr nicht mehr in Bern, sondern anderswo fallen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass gerade heute nachmittag die Parteipräsidenten nicht in Bern sind, sondern in Zürich und sich dort – gesponsert von einer Grossbank – über das Thema Europa unterhalten. Offenbar fallen die Entscheide in Zürich und Brüssel und nicht mehr hier in Bern. Aber leider, muss ich sagen, ist das wahrscheinlich einsichtsmässig sogar eine zu optimistische Variante: Aus den gehörten Voten habe ich jetzt den Eindruck gewonnen und komme nicht um die Wertung herum, dass man sich ganz offensichtlich weiter vor klaren Stellungnahmen drücken will.

Herr Rychen, es geht hier nicht darum, schwarzweiss zu malen; es geht hier darum – dafür steht die SP ganz klar ein –, dass wir eine klare Position beziehen. Wir haben immer eine klare, unmissverständliche Position bezogen, klar ja gesagt zum EWR, klar ja gesagt zum Gesuch, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Dies nicht als vage Option oder sogenannte langfristige Zielsetzung, sondern konkret als Aufgabe, welche wir heute anzupacken haben.

Es ist nicht so, dass die Schweiz einfach allein entscheiden kann, wie ihre integrationspolitische Zukunft aussieht; das wird Gegenstand von Verhandlungen mit unseren Partnern sein. Es wird schwierige und lange Verhandlungen brauchen; es wird in unserem Land Volksabstimmungen geben, und es wird die Zustimmung in allen EU-Ländern brauchen, wenn die Schweiz einmal aufgenommen werden soll. Analysieren wir diese Perspektiven realistisch, so stellen wir fest: Wenn wir dieses Ziel des EU-Beitrittes haben, müssen wir die Arbeit heute aufnehmen und heute die Weichen richtig stellen, die Entscheide fällen, damit wir dann – das ist unsere konkrete Zielsetzung – am 1. Januar 2000 tatsächlich Mitglied der EU sein können. Wer das im Jahr 2000 sein will, muss heute die entsprechenden Weichen stellen und die entsprechenden Arbeiten in Angriff nehmen.

Ich möchte hier im Namen der SP-Fraktion ganz klar festhalten – es ist zwar schon fast überflüssig, das festzustellen –, dass ein Alleingang keine Perspektive ist. Wir teilen hier die Einschätzung des Integrationsberichtes und die in diesem Punkt – das darf man sagen – glasklare Analyse des Bundesrates, dass ein Alleingang keine Perspektive sein kann. Mit dieser Perspektive können wir nur verlieren, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, sozial, kulturell. Wir verlieren den Anschluss an die europäische Entwicklung; wir werden satellisiert; wir werden die Gelegenheit verpassen, dort mitentscheiden, mitwirken, mitgestalten zu können, wo letztlich auch über unser Land entschieden wird. Wir sind ja Teil dieses Europas; nur wenn wir dort mitgestalten, wo auch in Europa Politik gemacht wird, werden wir auch wieder Souveränität hinzugewinnen und sie nicht verlieren. Der Alleingang ist die Politik des Souveränitätsverlustes, weil wir die Chance vertun, tatsächlich dort mitzugestalten, wo für Europa gestaltet wird.

Ein Bekenntnis zu Europa und eine Zielsetzung eines EU-Beitrittes heissen aber keineswegs – das möchte ich hier deutlich festhalten –, dass wir die Entwicklung in Europa einfach blind gutheissen. Im Gegenteil: Wir sind, wie Sie feststellen, gegenüber sehr vielen Entwicklungen in diesem Europa sehr skeptisch. Wir meinen: Auch Europa hat seinen Reformbedarf in bezug auf die Demokratie, auf den Föderalismus, auf die Subsidiarität. Aber auch wir haben einen Reformbedarf. Es ist völlig falsch, diese Probleme einzig und allein Brüssel zuzuschieben. Wir sind von diesen Herausforderungen genauso betroffen wie die europäische Staatengemeinschaft.

Wir gehören deshalb nicht zu jenen, die mit Europa Feindbilder aufbauen und damit von Problemen in unserem eigenen Land ablenken. Parallel zu dieser Europapolitik – das ist für uns sehr wichtig – braucht es auch eine Reformpolitik in unserem eigenen Land. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unsere Voraussetzungen optimal gestalten, damit wir in der konkreten Politik nicht nur Nachteile einer Integration feststellen müssen.

Unsere klare Integrationszielsetzung mit dem Beitritt zur EU auf das Jahr 2000 ist insofern auch realistisch; das erfordert heute eine raschestmögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Für die SP-Fraktion stehen die bilateralen Verhandlungen dazu nicht in Widerspruch. Wir unterstützen die Zielsetzungen der bilateralen Verhandlungen. Es ist nötig, auf bilateraler Ebene den Schaden, der durch das EWR-Nein entstanden ist, zu begrenzen. Wir wissen aber auch, dass es bei diesen bilateralen Verhandlungen Grenzen gibt. Wir wissen, dass wir damit nicht in allen Bereichen all das herausholen können, was wir für unser Land mit einem EU-Beitritt sichern können. Deshalb ersetzt eine Politik des Bilateralismus den Beitritt zur EU nicht. Das ist unsere Politik. Wir müssen heute bilateral verhandeln, und wir müssen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass wir die Beitrittsentwicklung in Angriff nehmen können.

Die SP-Fraktion strebt auch keinen zweiten EWR-Anlauf an. Der EWR ist für uns keine Alternative mehr. Seit dem Übertritt von Österreich, Schweden und Finnland in die EU ist der EWR in seinem institutionellen Gehalt derart geschwächt, dass er für uns nicht mehr die Alternative darstellen kann. Wir hätten zu grosse Verluste der Demokratie, wir hätten zu grosse Verluste in der Mitwirkung, als dass der EWR heute eine realistische Alternative sein könnte.

Wir meinen, dass die Volksabstimmungen über die hängigen Initiativen, die demnächst auch hier auf den Tisch kommen, für den Bundesrat und für dieses Parlament die notwendige Legitimation für die weiteren Schritte der Integrationspolitik abgeben können.

Die SP-Fraktion ist deshalb dem Zwischenbericht des Bundesrates positiv zugeneigt. Wir nehmen von diesem Bericht Kenntnis. Wir unterstützen den Vorstoss der APK unseres Rates (95.3203) als Motion oder, falls er in ein Postulat umgewandelt wird, auch als Postulat. Wir meinen, dass wir damit eine ganz klare Zielsetzung abgeben. Die SP-Fraktion hat ihre Initiative nicht zuletzt deshalb zurückgezogen, weil es uns nicht darum gegangen ist, uns selber parteipolitisch zu profilieren. Wir sind hoch erfreut, dass die Aussenpolitische Kommission – mit einer grossen Mehrheit, Herr Rychen – mit 14 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen diese Politik des Bundesrates, die wir immer gefordert haben, mitträgt.

Unsere Stellung ist unmissverständlich klar: Nur eine EU-Beitrittspolitik, die heute eingeleitet werden muss, sichert der Schweiz ökonomisch, sozial, politisch und kulturell, aber auch friedenspolitisch eine Zukunft, in der sie auch mitgestalten kann. Ich hoffe, der Rat werde sich dem nicht verschliessen und heute die richtigen Weichen stellen, damit wir im Jahr 2000 tatsächlich Mitglied der EU sein können.

Columberg Dumeni (C, GR): Die CVP-Fraktion sagt ja zu Europa, zu einem starken, föderalistischen und friedlichen Europa, sie sagt ja zu einer engeren und konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarstaaten. Deshalb stimmen wir dem Bericht des Bundesrates zu. Die CVP-Fraktion kann sich auch mit dem Inhalt der Motion der Aussenpolitischen Kommission zur europäischen Integration einverstanden erklären.

Als gute und verantwortungsbewusste Schweizer, nicht als «heimatmüde Partei», sondern als verantwortungsbewusste Schweizerinnen und Schweizer, wissen wir allerdings, dass in unserem schönen und demokratischen Land alles nur schrittweise erreicht werden kann. Deshalb stehen für die CVP-Fraktion die bilateralen sektoriellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Vordergrund. Diese bilateralen Verhandlungen haben im Augenblick absolute Priorität, und sie müssen mit aller Ernsthaftigkeit und Hartnäckigkeit geführt werden. Dabei sind wir uns bewusst, dass es sich

um ein sehr schwieriges Unterfangen handelt. Wir beglückwünschen unsere Unterhändler und unterstützen sie bei ihrer schwierigen Aufgabe.

Wir erwarten, dass der Bundesrat die Bevölkerung während den Verhandlungen umfassend über deren Ergebnisse, Chancen und Grenzen informiert; dies ist für eine erfolgreiche Aussenpolitik unerlässlich, denn die Aussenpolitik muss auch eine innenpolitische Abstützung haben. Es ist selbstverständlich, dass man bei Verhandlungen gelegentlich Bilanz ziehen muss, um das Erreichte kritisch zu überprüfen, um daraus die sich aufdrängenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Bei dieser kritischen Evaluation ist es durchaus möglich, dass das EWR-Konzept nochmals zur Sprache kommt. Je nach Lageentwicklung könnte diese Option eine durchaus valable, zweckmässige Zwischenetappe auf dem langen Weg nach Europa sein, denn die europäischen Einigungsbemühungen sind ein langfristiger und dauernder Wandel unterworfenen Entwicklungsprozess.

Der Bericht des Bundesrates ist deshalb auch kein integrationspolitisches Standardwerk, sondern lediglich ein Zwischenbericht, «mit dem er das Informationsbedürfnis in Sachen Integrationspolitik zu befriedigen sucht», und er «will ein allgemeines Bild der Lage seit dem negativen Entscheid vom 6. Dezember 1992 zum EWR vermitteln». Der Bericht ist sehr zurückhaltend formuliert und enthält materiell keine wesentlich neuen Aussagen. Wir haben volles Verständnis dafür, weil die Zeitspanne seit dem 6. Dezember 1992 zu kurz ist, um wesentliche Vor- und Nachteile genau zu qualifizieren und zu quantifizieren.

Deshalb müssen wir heute auch keine Generaldebatte zu Europa führen, es kann sich lediglich um eine weitere Aussprache handeln. Ich habe deshalb auch heute keine Stiefel angezogen, sondern nur ganz normale Schuhe! In einem kultivierten, traditionsreichen Land sollte man auch jene politische Reife, jene politische Kultur und vor allem das nötige staatspolitische Verantwortungsbewusstsein haben, um über die Zukunft und über die Stellung unseres Landes in Europa sprechen zu können, ohne unsere europäischen Freunde, die sich um eine enge und friedliche Zusammenarbeit bemühen, zu diffamieren. Eine solche Kampagne schadet dem Ansehen der Schweiz und schwächt unsere Verhandlungsposition in Brüssel.

Europa wird weiterhin ein zentrales Thema unseres Rates und dieses Landes bleiben und bleiben müssen. Demnächst wird sich der Bundesrat zu den beiden Volksinitiativen äussern müssen. In beiden Fällen erwarten wir ein klares Nein: zur Initiative der Lega und der Schweizer Demokraten, «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk», weil sie schwerwiegend in die bewährte Kompetenzordnung eingreifen würde, und zur Initiative der Jugend «für unsere Zukunft im Herzen Europas», weil sie nicht mehr der aktuellen Lage entspricht und dem Bundesrat zu viele Kompetenzen einräumen würde. Wir hoffen sehr, dass die Initiative der Jugend zugunsten der neuen Volksinitiative «Ja zu Europa!» zurückgezogen wird. Mit der Motion der Aussenpolitischen Kommission kann sich die CVP-Fraktion grundsätzlich einverstanden erklären, aus formaljuristischen Gründen sollte sie jedoch als Postulat überwiesen werden. Verschiedene Anliegen sind völlig unbestritten: prioritäre sektorielle Verhandlungen bis Ende 1996, regelmässige Beurteilung der Verhandlungsergebnisse und Bilanz bis Ende 1995. Als entscheidend erachten wir vor allem Punkt 4 des Vorstosses: Verfolgung der Tendenzen in der EU und in der EU-Regierungskonferenz 1996. Hier muss die Schweiz dabei sein. Sie muss diese Verhandlungen aus nächster Nähe mitverfolgen und wenn möglich indirekt beeinflussen können.

Aus diesem Grunde arbeitet die CVP eng mit der Europäischen Volkspartei zusammen, einer massgebenden politischen Kraft in Europa. Hier ergeben sich die ersten Möglichkeiten einer freundschaftlichen und konstruktiven Zusammenarbeit und Mitwirkung.

Zusammenfassend stelle ich fest: Die CVP-Fraktion stimmt dem Bericht des Bundesrates zu. Sie fordert im Augenblick die intensive Fortsetzung der bilateralen sektoriellen Verhandlungen. Sie lässt die Option EWR zurzeit offen. Sie for-

dert die Präsenz der Schweiz bei der EU-Regierungskonferenz 1996, und sie unterstützt die Überweisung der Motion der Aussenpolitischen Kommission als Postulat. Alle Rückweisungs- und Ablehnungsanträge werden von uns abgelehnt.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Messieurs les Conseillers fédéraux, nous sommes un peu étonnés, nous, les libéraux, du procès d'intention qui vous est fait par ceux qui veulent renvoyer ce rapport intermédiaire. En effet, non seulement certains des termes employés, notamment par MM. Frey Walter et Moser, sont à la limite de l'insultant, mais, surtout, ils sont complètement à côté de la plaque et à côté du rapport.

Nous trouvons en effet que ce rapport, finalement, est timide dans son diagnostic, même si c'est un peu tôt pour prendre en compte tous les éléments d'appréciation, même s'il est difficile, car le dossier n'est pas complet, puisqu'il ne s'agit que d'un rapport intermédiaire.

Comment ne pas savoir, à entendre déjà les témoignages, que si l'industrie textile est dans un certain marasme, notre situation d'isolement ne fait qu'accroître ce marasme; que si l'industrie des machines a des difficultés, notamment pour avoir des commandes sur les marchés publics, le fait que nous ne sommes même pas dans l'Espace économique européen contribue à ces difficultés; Monsieur Blocher, M. de Pury vous l'a dit en autant de mots et assez clairement dans l'émission «Arena»; que si, finalement, il y a des délocalisations, cela est mauvais, notamment pour les petites et moyennes entreprises qui font de la sous-traitance?

Certes, ce n'est pas en peignant le diable sur la muraille que l'on contrera les réticents et qu'on les persuadera, car il faut un langage réaliste; mais ce n'est pas non plus, Messieurs les Conseillers fédéraux, en minimisant trop les choses et les éléments du diagnostic par excès de prudence. Dans la démarche actuelle, sur laquelle nous vous soutenons, les négociations bilatérales sectorielles, comment ne pourriez-vous pas relever, tout à l'heure, les difficultés de ces négociations? Comment ne pas voir le risque, d'ailleurs, que nous devions finalement céder beaucoup par rapport aux avantages, moindres dans des négociations de ce type? Et pourtant, encore une fois, nous vous soutenons.

Nous aurions donc voulu un rapport plus net, disant les choses plus clairement, plutôt que cette prudence de Sioux afin d'éviter les accusations de partialité et de manipulation. Vous l'avez vu, Messieurs les Conseillers fédéraux, de toute façon ces accusations injustes et tout à fait hors de propos, vous les avez de la part de ceux qui veulent renvoyer ce rapport intermédiaire, de la part de ceux qui, souvent, se réclament du libéralisme en disant: «Nous n'avons qu'à jouer la carte libérale pour ne pas avoir besoin de l'intégration européenne», mais qui étaient contre la révision de la loi sur les cartels, pour certains, et contre la révision de la loi fédérale sur le marché intérieur.

Le Conseil fédéral, pensons-nous, doit réaffirmer haut et fort que le but logique, et pas seulement du point de vue économique, mais du point de vue de l'histoire politique de l'Europe, est l'adhésion au processus de construction européenne, l'adhésion au processus en mouvement qu'est l'Union européenne. Cela étant, il faut éviter les recouplements, c'est vrai. Il faut éviter les confusions dans le temps et dans la démarche, comme nous l'avons fait au moment de la discussion sur l'Espace économique européen.

C'est pourquoi nous soutenons le Conseil fédéral dans ses négociations bilatérales sectorielles. C'est pourquoi nous sommes d'avis que c'est sur la base de l'évaluation de ces négociations qu'il faudra ensuite juger du moment opportun pour l'ouverture de négociations globales. Et c'est pourquoi nous ne sommes pas d'accord avec l'initiative parlementaire Grendelmeier. Madame Grendelmeier, vous réussissez ce tour de force fâcheux, malheureux, de nous mettre avec MM. Blocher, Frey Walter et autres, contre votre initiative parlementaire, parce que vous voulez la simultanéité et la confusion des démarches, et qu'il ne le faut pas: d'abord les négociations bilatérales sectorielles, ensuite les négociations en vue de l'adhésion.

C'est pourquoi nous ne pouvons pas donner suite à votre initiative parlementaire.

J'en arrive maintenant à la motion de la Commission de politique extérieure (95.3203). Au nom du ciel, pourquoi y a-t-il maintenant un mouvement qui se dessine, même parmi les membres éminents de la Commission de politique extérieure, pour ne pas oser proposer le maintien de la motion, et pour n'oser proposer que la transformation en postulat? Ce n'est pas de Christoph Blocher dont vous avez peur, c'est de l'ombre de Christoph Blocher, car Christoph Blocher, on peut le contraindre, ô combien, avec des arguments, tant les siens sont plus que discutables. Mais contre une ombre on ne peut rien faire, dès lors que vous avez peur de l'ombre de Christoph Blocher, et je dirais même de votre propre ombre. C'est quand même inouï que l'on ne puisse pas, ici, transmettre une motion pour dire au Conseil fédéral la position du Parlement haut et fort: l'objectif est l'adhésion, mais naturellement en distinguant les choses, après que nous aurons mené à bien les négociations bilatérales sectorielles.

Le groupe libéral, quant à lui, n'a peur ni des mots ni des actes. Il l'a dit et réaffirmé à plusieurs reprises. C'est la raison pour laquelle il soutient la motion de la Commission de politique extérieure, dont le texte a été élaboré par une sous-commission présidée par M. Ruffy. Nous avons élaboré un texte équilibré, un texte qui ne fait pas dans la précipitation ni dans l'agitation, un texte qui ménage justement les temps et les étapes, et qui réaffirme que nous sommes persuadés que ce n'est pas en n'osant pas affirmer les choses que nous contrerons ceux qui ne veulent pas de l'adhésion à l'Union européenne, que ce n'est pas en étant hésitants, en manquant de sûreté en nous-mêmes, que nous ferons mûrir les esprits.

C'est la raison pour laquelle nous sommes pour ce texte. Si, finalement, les rapporteurs de la commission, constatant l'état d'esprit de ce Conseil, ne nous proposent que la transformation en postulat, nous voterons naturellement dans ce sens; mais nous disons qu'il est franchement malheureux que, dans ce Conseil et au moment où le Parlement est associé, de par la loi et de par la constitution, à la conduite de la politique étrangère, nous n'ayons pas le courage et l'énergie simplement de réunir une majorité pour voter une politique européenne. Je regrette que ceux qui prennent quelquefois des voix de stentors et des airs extrêmement virils pour dire les choses avec force, préfèrent en fait la faiblesse à la force et à la sûreté de l'action.

Bär Rosmarie (G, BE): Heute sind wir ein geradezu emanzipiertes Parlament! Wir führen eine Europadebatte, obwohl der Bundesrat in seinem Bericht schreibt, der Bericht habe nicht zum Zweck, als Grundlage für eine erneute parlamentarische Debatte über die europäische Frage zu dienen. Vergessen hat der Bundesrat offenbar die Feststellung in seinem aussenpolitischen Bericht, wonach die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik zur vordringlichen Aufgabe der neunziger Jahre gehöre.

Wir Grünen halten eine Integrationsdebatte für nötig. Nicht bloss, aber auch, weil die Bevölkerung ein Recht darauf hat, vor den Wahlen zu wissen, was nach dem 22. Oktober gelten soll. Wir brauchen nicht eine Debatte über Details, die wir noch gar nicht kennen. Wir brauchen heute eine Grundsatzdebatte, «weil das Volk bewiesen hat, dass es die Wahrheit ertragen kann», um mit den Worten von Bundespräsident Kaspar Villiger zu sprechen.

Zu dieser Wahrheit gehört einmal, dass die bilateralen Verhandlungen nicht viel mehr sind als ein langwieriger organisierter Stillstand; das entnehmen wir dem Bericht. Dass dies nicht die Schuld der schweizerischen Unterhändler ist, sei betont. Am Schluss dieser bilateralen Verhandlungen steht vielleicht ein grosser Scherbenhaufen, weil bereits das Referendum gegen die Ergebnisse des Dossiers über den freien Personenverkehr angekündigt ist.

Zur Wahrheit, die dem Volk auch zugemutet werden muss, gehört die Tatsache, dass Europas grosse Herausforderung an der Schwelle zum neuen Jahrtausend der neue Nationalismus ist. Das ist für uns Grüne zentral.

Wir brauchen nicht «Europhorikerinnen» und «Europhoriker» zu sein, um zu wissen, dass die stärkste Gegenkraft, dass die grösste integrative Dynamik und gleichzeitig die sicherste Friedensfördernde Stabilität heute von der Europäischen Union ausgehen. Der Europarat und die OSZE sind dabei wichtige Impulsgeber.

Die Kampfansage der Rechten in unserem Land an die Integration in Europa bereitet auch bei uns einem neuen Nationalismus den Weg – mit all seinen verheerenden Folgen.

Herren Bundesräte, Sie müssen «dem Geist», dem unheilvollen, dem Blut- und Bodengeist, der hinter den Stiefelinserten einer Bundesratspartei steckt, heute ein klares Ja zu einer umfassenden europäischen Integration entgegensetzen! Im Klartext: Die Beitrittsverhandlungen müssen rasch aufgenommen werden. Wir müssen jetzt verhandeln, damit wir nicht dann verhandeln müssen, wenn es nicht mehr anders geht. Dänemark, Österreich und Schweden haben gezeigt, dass der Spielraum für ein kritisches Verhalten für kleine Länder in der EU grösser ist als die Oppositionsmöglichkeiten von aussen. Der Bundesrat hat die Kompetenz zum Verhandeln. Deshalb muss sobald wie möglich die SD/Lega-Initiative, die den ganzen Integrationsprozess blockiert, mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung gebracht werden.

Wenn 93 Prozent der grünen Fraktion für Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel des Beitritts zur EU sind, so tun sie das ohne Illusionen. Zu ernüchternd ist auf vielen Gebieten die Bilanz der alten EG-Politik, zu sehr weichen heute unsere Vorstellungen davon, wie ein gemeinsames europäische Haus aussehen soll, von den Bauplänen Brüssels ab.

Aber 1996 beginnt die umfassendste Regierungskonferenz der EU. Sie könnte zum Scheideweg für ganz Europa werden. Denn auch in Brüssel hat man erkennen müssen, dass die Veränderungen, die Umbrüche, die Gefahren nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht mit den bisherigen Konzepten zu bewältigen sind. Wir müssen Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen, damit wir nicht untätig im Wartsaal sitzen, wenn ein neues Kapitel gesamteuropäischer Geschichte geschrieben wird. Die Fragen, die auf der europäischen Traktandenliste stehen, gehen auch uns an. Dazu haben wir etwas beizutragen, und für deren Lösung haben auch wir Verantwortung zu übernehmen.

Im kommenden Jahrzehnt wird die Richtung der Entwicklung, die Europa einschlägt, weltweit von zentraler Bedeutung sein. Wird die Europäische Union eine Wohlstandsfestung auf Kosten des Südens und Ostens? Oder gelingt es, Europa auf einen ökologisch nachhaltigen und sozialverträglichen, friedlichen und solidarischen Entwicklungspfad zu bringen? Diese Fragen dürfen unser Land nicht unberührt lassen.

Eines ist klar: Wenn europäisch zusammenwachsen soll, was zusammengehört, reichen institutionelle Regelungen auf Brüsseler Ebene nicht aus. Dazu braucht es einen intensiven politischen Dialog mit und in der Bevölkerung in jedem einzelnen Land, auch in der Schweiz – etwas, was bis heute noch nicht stattgefunden hat. Anders gesagt: Der Schlüssel zu einer Demokratisierung der Europäischen Union liegt in den jeweiligen Hauptstädten, auch in Bern. Wir Grünen werden uns deshalb mit aller Vehemenz gegen den geplanten Abbau von Volksrechten in unserem Land wehren, wie er nicht selten von denselben Kreisen postuliert wird, die der EU zu Recht ein Demokratiedefizit vorwerfen – so geschehen letzte Woche im Ständerat. Was in Europa gelten soll, muss in der politischen Öffentlichkeit zu Hause erkämpft werden. Mitarbeit beim Aufbauprozess Europas ist deshalb vor allem eine Hausaufgabe für die Politik im eigenen Lande.

In diesem Sinne nimmt die Mehrheit der grünen Fraktion Kenntnis vom Zwischenbericht des Bundesrates und unterstützt folgerichtig die Motion der Aussenpolitischen Kommission und die Motion des Ständerates als Postulat.

Loeb François (R, BE): Vor wenigen Wochen haben wir des fünfzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges gedacht. Fünfzig Jahre Frieden in Westeuropa, das ist die überragende Leistung der europäischen Integration. Die

kriegerische Vergangenheit Westeuropas mit ihrem unsäglichem menschlichen Leid, mit den riesigen wirtschaftlichen Schäden konnte überwunden werden. Auch wir ziehen daraus Nutzen, als Land, das den Frieden und das friedliche Zusammenleben zum Ziele hat.

Mein erster Wunsch: Meine Herren Bundesräte, ich bitte Sie, in zukünftigen Integrationsberichten diese globalen Zusammenhänge stärker herauszuarbeiten.

Mein zweiter Wunsch: Die sachliche Information der Bevölkerung nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen muss rasch und umfassend erfolgen. Ich schlage vor, die Resultate der bilateralen Verhandlungen nach deren Abschluss, aber noch vor den parlamentarischen Beratungen in einem ausserordentlichen Bundesbühllein den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bekanntzugeben.

Mein dritter Wunsch: Halten Sie die EWR-Option für unser Land offen. Der EWR und seine unabhängigen Institutionen funktionieren zur vollen Zufriedenheit. Mit dem Übertritt von drei Ländern in die EU ist das Sprechen mit einer Stimme einfacher geworden. Der EWR hat an Attraktivität gewonnen. Noch ein Wunsch an alle Bürgerinnen und Bürger: Die Schweiz wird ihren Integrationsweg in pragmatischen Schritten vollziehen können, in Schritten, bei denen wir über alle Lager hinweg praktische Lösungen zu finden haben werden. Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion, frei von Schlagworten, eine mehr sachbezogene Diskussion. Dialog statt Schlagworte ist der Weg für unser Land.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Ich bin froh, dass offenbar die Angst vor einer Europadiskussion gewichen ist und dass wir heute diese Debatte überhaupt führen können. Angst gab es ja nicht nur aus innenpolitischen, sprich aus wahltechnischen Gründen, sondern auch aus aussenpolitischen – es wurde bereits erwähnt, aber in einem falschen Zusammenhang –, und zwar, weil Skepsis von EU-Mitgliedern laut wurde, teils von langjährigen, wie England, teils von Neumitgliedern, wie Österreich.

Ich glaube indessen, dass wir hier genau zum richtigen Zeitpunkt darüber diskutieren. Die Diskussion ausser- und innerhalb der Schweiz zeigt nämlich, dass «Europa» nie, gar nie, fertig gebaut sein wird, sondern dass es ein permanenter Bauplatz ist. Auf diesem Bauplatz wird umgebaut, angebaut, neu gebaut, eingerissen, und wir, das ist das Entscheidende, haben auf diesem Bauplatz unser Grundstück. Es liegt nun an uns, von diesem Baurecht Gebrauch zu machen oder allenfalls ohne unser Zutun – gewissermassen aus Versehen – eines Tages zugebaut zu werden und dann auf Gefälligkeiten unserer Nachbarn angewiesen zu sein.

Den Zwischenbericht halte ich für eine vorzügliche Bilanz über die derzeitigen Bauetappen, für eine Momentaufnahme eines Prozesses, in welchen wir mit einbezogen sind, ob wir das wahrnehmen oder nicht.

Der nächste Zwischenbericht wird wieder einen Schritt weiter gehen. Wir werden uns nie auf unseren Erkenntnissen ausruhen können. Der vorliegende Bericht stützt sich auf den Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. In jenem Bericht wurde ja nicht nur in die Zukunft geschaut, sondern auch in die Vergangenheit, darauf, wie das ganze europäische Gebilde entstanden ist. Es scheint mir wesentlich, dass wir uns immer wieder daran erinnern, dass die ursprüngliche Aufgabe und die Absicht einer wie auch immer gearteten europäischen Zusammenarbeit dem Frieden zu dienen hatten. Die EG, die EWG oder die Montan- und Stahlunion entstanden als Antwort auf die Greuel des Zweiten Weltkrieges, auf dass nie wieder eine solche Katastrophe passieren solle.

Ich sage das deshalb, weil wir vermutlich noch vermehrt solche unsägelichen Inserate, wie jenes mit dem Stiefel, werden zur Kenntnis nehmen müssen, die uns weismachen wollen, dass wir heute noch von Terrorregimes, wie jenem des Nationalsozialismus, anstatt von Freunden umgeben sind. Es ist eine Unverschämtheit, unsere Freunde mit solchen Inseraten zu brüskieren. Die Schweiz hat von diesem über vierzigjährigen Frieden möglicherweise am allermeisten profitiert.

Zurück zum Zwischenbericht, zur europäischen Integration: Er listet ja die vorderhand erreichten bilateralen sektoriellen Verhandlungsergebnisse auf, erwähnt die noch spärlichen Resultate und macht eines ganz klar: Wie gut diese Verhandlungsergebnisse auch immer herauskommen mögen – und hier sei mein ausdrücklicher Dank an die Unterhändler gerichtet, die sich bestimmt die allergrösste Mühe geben, in diesem nicht einfachen Umfeld etwas für uns herauszuholen –, sie werden nie das Niveau erreichen, das zwischen gleichberechtigten Partnern innerhalb der EU möglich wäre.

Wir wissen, dass sich die Schweiz im sogenannten «autonomen Nachvollzug» befindet, d. h., dass wir mehr oder weniger dasjenige «autonom» tun dürfen, was uns die anderen tun lassen – immer vorausgesetzt, das Interesse auf der anderen Seite ist ungefähr gleich gross wie unser eigenes. Mit anderen Worten: Auch die besten Resultate, die wir bilateral erreichen mögen, machen uns sehr schmerzlich bewusst, dass wir letztlich zum Satelliten der EU werden. Das ist nicht der gewünschte Status eines souveränen und unabhängigen Staates, so, wie wir uns das vorstellen. Souverän ist letztlich nur, wer mitmacht, mitbestimmt und mitarbeitet.

Zudem sind bilaterale Verhandlungen nie zu Ende. Es ist eine Illusion, abwarten zu wollen, bis sie abgeschlossen sind, um dann allenfalls einen EU-Beitritt zu beantragen. Die bilateralen Verhandlungen werden andauern, solange wir in dieser Beziehung zu Europa stehen.

Damit komme ich zu meiner parlamentarischen Initiative. Ich war ja ursprünglich mit diesem Vorstoss keineswegs allein und bedaure es auch, dass die anderen, nämlich die CVP- und die SP-Fraktion, ihre Vorstösse zurückgezogen haben. Selbstverständlich werden wir die Motion der APK, die an ihre Stelle tritt, auch unterstützen. Sie beinhaltet die Schlussfolgerungen der APK-Arbeitsgruppe, der ich auch angehörte. Ich halte aber an meiner parlamentarischen Initiative fest, weil sie noch stringenter ist als die Motion und – vor allem – weil sie klare Zeitlimiten enthält.

Wir sind meines Erachtens in Zeitnot. Erstens findet 1996 diese berühmte EU-Regierungskonferenz statt, wie Frau Bärsoeben erwähnt hat. Es ist eine der wichtigsten Konferenzen, die es in diesem Gremium je gegeben hat. Dort wird neu über die Strukturen und Ziele der EU diskutiert werden, und es wäre meines Erachtens von Vorteil, wenn wir bis dahin bereits signalisiert hätten, dass wir an der Aufnahme von Verhandlungen interessiert sind.

Wir wissen auch, dass weitere Staaten in die EU drängen. Es sind dies vorab die mittel- und osteuropäischen sowie die baltischen Staaten, aber auch Mittelmeerstaaten wie Zypern, Malta und die Türkei – obwohl das etwas länger dauern dürfte. Auch die Maghrebstaaten wünschen eine engere Zusammenarbeit mit Europa.

Die Schweiz aber gehört sozusagen zum Stammgebiet der EU, nämlich zum ehemaligen Westeuropa mit EG und Efta, d. h. zu jenen Ländern, die nach dem Krieg eine ähnliche politische, demokratische wie auch wirtschaftliche Entwicklung erlebt haben und deren Geschichte sehr eng untereinander verwoben ist. Umgekehrt besteht dieses Stammgebiet aus Ländern, denen wir nicht fremd sind, die uns nicht als Fremdkörper empfinden. Je grösser und vielfältiger diese Gemeinschaft wird, desto anspruchsvoller werden auch die Bedingungen werden, die für einen möglichen Beitritt der Schweiz nötig sein werden. Mit einem Wort: Je länger wir zuwarten, desto höher wird der Preis.

Was ich mit meiner parlamentarischen Initiative nun will, ist nicht – entgegen allem, was man mir bisher unterschoben hat –, hier und jetzt eine Abstimmung über einen EU-Beitritt durchzuführen. Ich möchte lediglich, dass wir darüber entscheiden, das Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen bis im Jahr 1996 zu reaktivieren. Bis dahin sollen die bilateralen Verhandlungen weitergeführt werden – genau, wie die Motion das auch fordert. Das Gesuch – das wissen Sie – liegt nunmehr seit genau drei Jahren in Brüssel und modert still vor sich hin.

Bis es zu einer breiten Diskussion in Parlament und Volk über einen EU-Beitritt kommen kann, dürfte es auch bei sehr optimistischer Schätzung vermutlich drei bis fünf Jahre dau-

ern und damit einen Zeitabschnitt umfassen, der durchaus eine weitere Vergrösserung der EU mit sich bringen und dadurch unsere Bedingungen eben verschlechtern kann. Wer nun einwendet, dass wir dadurch die bilateralen Verhandlungen stören, den kann ich beruhigen. Ich habe mich erkundigt: das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir signalisieren, dass wir an einer Verhandlung um einen Beitritt interessiert sind, sind auch die bilateralen Verhältnisse für uns günstiger, weil man uns dann als wirkliche Freunde empfindet.

Ich bitte Sie, auch im Namen der LdU/EVP-Fraktion, vom Zwischenbericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen, den Rückweisungsantrag abzulehnen, meiner parlamentarischen Initiative Folge zu geben wie auch die Motionen des Ständerates und der Aussenpolitischen Kommission überweisen zu wollen.

Moser René (A, AG), Sprecher der Minderheit: Frau Grendelmeier, Sie sind nicht die einzige, die auf dem schnellsten Weg in die EU will. Sie sind in guter Gesellschaft mit den Fraktionen der FDP, der CVP, der SP und der Grünen, wie wir jetzt gehört haben. Ich kann Ihnen natürlich nichts Neues von der Freiheits-Partei berichten, als dass wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die politische Entmündigung zur Wehr setzen werden. Für uns steht es ausser Diskussion, die direkte Demokratie, insbesondere auch die Volksrechte, und die bewaffnete Neutralität unseres Landes aufzugeben.

Mit Ihrer parlamentarischen Initiative wollen Sie den Bundesrat dazu verpflichten, bis spätestens 1996 Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Wir kennen Ihre Liebe zur EU bestens, und bei Ihnen, Frau Grendelmeier, wissen wir wenigstens, woran wir sind, im Gegensatz zu den vielen «stillen Schaffern für die EU» in diesem Parlament. Allerdings ist es denn für mich recht ulkig, wenn Sie in Ihrer Begründung behaupten, die Initiative präjudiziere den Beitritt zur EU keineswegs. Das ist eine juristische Finesse, die Sie da eingeflochten haben. Überhaupt kommen mir nach sorgfältiger Analyse Ihrer Begründung schon Zweifel auf, ob Sie das, was Sie da schreiben, auch wirklich glauben. Glauben Sie allen Ernstes, dass die EU uns in den bilateralen sektoriellen Verhandlungen entgegenkommen würde oder – wie Sie sagen – auf den zukünftigen Mitgliedstaat Schweiz Rücksicht nehmen würde, wenn wir gleichzeitig EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen würden? Ich glaube das nicht.

Nachdem die parlamentarische Initiative Grendelmeier in der Aussenpolitischen Kommission gescheitert ist, hat sich die Kommission zu einer Motion hinreissen lassen, welche eigentlich nur sicherstellen wollte oder sollte, dass in dieser Session erneut eine Europadebatte stattfinden kann. Das ist schon ein recht eigenartiges Vorgehen, denn Motionen, welche wir als normale, einfache Parlamentarier einreichen, werden durch den Bundesrat in der Regel erst nach rund einem halben Jahr beantwortet. In Ihrem Fall liegt die Antwort aber jetzt bereits vor. Da sieht man nur, was gewisse Leute alles bewirken können.

Aber eben: Um den EU-Beitritt ist geradezu eine Psychose ausgebrochen. Das kommt selbstverständlich den EU-Dogmatikern sehr entgegen, denn so können sie laufend neue Gefahren erfinden oder aufbauschen.

Lassen Sie mich jetzt aber zum Kernstück der Vorstösse zurückkommen, nämlich zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen, derweilen in Brüssel bilaterale Verhandlungen geführt werden. Es ist unklug, vor Abschluss der bilateralen Verhandlungen die Notwendigkeit eines Beitritts zur EU mittels Bundesbeschluss festzulegen. Das schwächt die Verhandlungsposition der Schweiz in jedem Fall. Ein derartiges, gegen elementarste Verhandlungsgrundsätze verstossendes Verhalten macht im konkreten Fall bilaterale sektorielle Verhandlungen zur Farce und fügt der eigenen staatlichen Position einen nicht wiedergutmachenden Schaden zu. Wollen Sie das wirklich? Ich habe manchmal wirklich das Gefühl, dass das einige in diesem Rat wollen, nur um dem aufmüpfigen Schweizervolk beweisen zu können, dass es mit der EU keine akzeptablen bilateralen Abkommen mehr geben könne.

Die Freiheits-Partei hat gute Gründe, sich gegen einen Beitritt zur EU zu wehren; wir können doch vieles mit der EU absprechen, vereinbaren, vereinheitlichen, wenn Sie wollen. Aber unsere politische Selbständigkeit wollen wir nicht aufgeben. Wir lehnen deshalb alle Vorstösse jeglicher Form – ob als Motion oder letztlich als Postulat – ab. Der Weg in die EU ist ein Weg, bei dem es keine Umkehr gibt. Das sollten Sie sich immer wieder merken.

Epiney Simon (C, VS): Le résultat de la votation populaire du 6 décembre 1992 laisse ce pays en plein désarroi. Les partis cristallisent sur le Conseil fédéral leurs propres contradictions, le peuple s'interroge et doute. Chaque parti a d'ailleurs ses europhiles, ses europhobes, ses eurosceptiques, ses euphoriques. Autant dire que la division n'est pas seulement à l'intérieur du pays, mais surtout à l'intérieur des partis.

Dès lors, qu'on soit adversaire ou partisan de l'intégration européenne, on doit constater que cette situation donne un goût amer. La Suisse perd confiance et crédibilité à force de s'autoflageller, suite au 6 décembre 1992. La cohésion nationale se lézarde à force d'investives lancées de part et d'autre. L'intégration européenne, certes, constituera toujours une démarche controversée, nécessitant un engagement permanent, fait à la fois de persuasion et d'argumentation. Ce défi vaut toutefois mieux qu'un jugement de valeur lapidaire, laconique ou arbitraire, délimitant les clans entre les bons et les mauvais. La Suisse a raison de s'interroger pour son avenir dans ou hors de l'Union européenne, par crainte, notamment, de devoir lâcher la proie pour l'ombre.

En revanche, elle a tort, croyons-nous, d'avoir la mémoire courte. En effet, en 1848 déjà, notre pays vivait une situation analogue. A l'époque, les cantons étaient très sceptiques, voire récalcitrants, de devoir renoncer à leurs prérogatives, qui étaient importantes au niveau de l'armée, des finances, de la politique étrangère. Les différences entre cantons étaient pour le moins équivalentes à celles que l'on rencontre aujourd'hui entre la Suisse et l'Union européenne. Les préjugés ternissaient les relations intercantionales. Et pourtant, aujourd'hui, si on fait un constat objectif, on doit bien admettre qu'en adhérant à la Suisse moderne, les cantons n'ont pas perdu leur identité, et en outre, peuvent s'enorgueillir de la prospérité qu'a générée la suppression des barrières douanières et administratives.

L'Europe est quelque part en mal d'helvétisation. Elle est encore trop bureaucratique et insuffisamment ouverte aux minorités, mais elle existe et elle fonctionne. Elle s'améliore d'ailleurs de jour en jour; notamment en 1996, il est à prévoir qu'avec la révision du Traité de Maastricht, elle va s'ouvrir encore davantage aux préoccupations légitimes des petits pays, notamment sur l'aspect institutionnel.

Dans ce visage fédéraliste que vraisemblablement l'Europe va prendre, notre pays a sa place, et a surtout une expérience à proposer. Dès lors, que la Suisse adopte une démarche pragmatique face à l'échéance européenne nous paraît être une sage décision. Elle ressent en effet le besoin d'apprivoiser par étapes cette entité à la fragilité perceptible, à l'unité discutable et à la cohérence contestable.

Ce qui est essentiel, c'est de se poser les questions suivantes: se tenir à l'écart, n'est-ce pas subir? Croire que la Suisse puisse continuer à s'enrichir à l'étranger, tout en rapatriant sa richesse, n'est-ce pas une illusion? Occulter le phénomène de paupérisation qui gangrène l'économie helvétique, n'est-ce pas tout simplement de l'inconscience?

La Suisse, dorénavant, est contrainte de définir sa position européenne en termes économiques et politiques. La stratégie du Conseil fédéral nous paraît à cet égard raisonnable, sauf en ce qui concerne le volet Espace économique européen bis que nous appelons également de nos vœux comme une option possible. L'adhésion doit demeurer la destination finale, mais le peuple doit savoir qu'il sera appelé à s'exprimer à chaque halte sur la prochaine destination, et un Espace économique européen bis doit rester une halte comme une autre. A cet égard, il faut relativiser le risque de confusion, mais il est en tout cas, en ce qui nous concerne, plus correct d'appeler les choses par leur nom.

L'adhésion européenne reste, à long terme, la destination finale, et qui ne peut être atteinte qu'en dépassionnant le débat. Personne n'a le monopole de la stratégie. Ce qui est sûr, en revanche, c'est que seul, on est rarement en bonne compagnie.

Scherrer Werner (–, BE): Als EDU-Vertreter gehöre ich zu den Gegnern der Europapolitik. Ich bin für die Rückweisung des Zwischenberichtes gemäss Antrag der Minderheit Moser. Im Prinzip bin ich auch für den Antrag Pini, vom Bericht in ablehnendem Sinne Kenntnis zu nehmen. Ich bin gegen die parlamentarische Initiative Grendelmeier, gegen die Motion der Aussenpolitischen Kommission und auch gegen die Motion des Ständerates (Cottier), aber für die Motion der SVP-Fraktion, 94.3088, Korrektur der aussenpolitischen Ausrichtung.

Unser Bundesrat ist wirklich nicht zu beneiden. Er hat uns einen Bericht vorgelegt, ich möchte ihn immerhin doch danken. Er zeigt klar die verschiedenen Intentionen und Zukunftsperspektiven auf, aber natürlich ganz pro Europa. Er ist in dem Sinne alles andere als neutral. Wir müssen feststellen, dass wir in dieser sehr wichtigen Europafrage – es ist eine der entscheidendsten Fragen der Gegenwart und wahrscheinlich auch der Zukunft – leider eine zerrissene Nation sind. Das ist schwerwiegend.

Wir haben einen Bundesrat, der uns in diese europäische Integration führen will. Wir haben ein Parlament – das zeigt auch die Rednerliste –, in dem drei Viertel oder vier Fünftel der Redner für diesen Europakurs stimmen werden. Aber das Volk macht nicht mit. Das ist ganz schlecht.

Wenn ich die Debatte verfolge – ich werde sie bis zum letzten Redner verfolgen, weil mich das sehr interessiert –, dann bin ich über die politische Kultur, die hier herrscht, enttäuscht. Man geht teilweise sehr gehässig aufeinander los. Den Vogel abgeschossen hat sicher Frau Grendelmeier, indem sie die SVP Zürich als Terrororganisation einstuft. Das ist natürlich ein ganz starkes Stück! Ich hoffe, Sie wissen, was eine Terrororganisation ist. Eine Terrororganisation tötet, macht Anschläge, und das macht die SVP nicht. Das ist eigentlich die einzige ehrverletzende Bemerkung, die im Rat gefallen ist. Es wäre Zeit, dass Sie sich in aller Form entschuldigen würden. Wir von der EDU haben es nicht nötig, die anderen Gegner mit Mitteln wie dem «Stiefelinsenerat» und ähnlichen Praktiken zu diffamieren. Aber als Europagegner haben wir genügend gute Gründe, den Kurs durchzuhalten. Ich hoffe, dass sich die Europasituation, wenn wir einen langen Atem haben, in dem Sinn verändern wird, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt auch einmal mitreden und mitarbeiten können in einem Europa, in dem die demokratischen Institutionen und Rechte gewahrt sind.

Wenn ich noch kurz sagen kann, wer diesen Europakurs steuern will: Es sind vor allem drei starke Kräfte. Es besteht ein ideologischer, ein politischer, aber auch ein konfessioneller Aspekt. Der wirtschaftliche Aspekt wird vorab von den Freisinnigen vertreten. Die grossen Gewinner sind die Banken, die Versicherungen und die Multis. Es erstaunt mich nicht, dass die Parteipräsidenten heute anscheinend bei den Bankiers in Zürich sind. Auch die Bilderberg-Konferenz hat sich um das Thema Europa gedreht, das ist mir auch klar. Wir haben auch die Sozialdemokraten – eine uralte Idee, «Genossen aller Länder, vereinigt euch!» –, und es erstaunt mich nicht, dass sie in Richtung Europa marschieren. Mich erstaunt auch nicht, dass die CVP in Richtung Europa marschiert. Man muss natürlich wissen, dass der Papst mit seinen Nuntiaturen ganz klare Weisungen durchgegeben hat, dieses Vereinigte Europa so schnell als möglich zu gründen. Das kommende Europa wird ein katholisch dominiertes Europa sein. Das hören die CVP-Genossen natürlich nicht so gerne. Die Grünen schwimmen auch auf einer ideologischen Welle mit. Wir haben es also mit einer starken Übermacht zu tun, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir trotzdem wieder gewinnen. Die EDU wird an der nächsten Abstimmung betreffend Europa in sämtlichen Kantonen mit eigenen Kantonalparteien präsent sein. Wir bringen 5 bis 10 Prozent Neinstimmen auf die Waage – und nicht unbedingt Blocher,

auf den die Medien so fokussieren, wird das Zünglein an der Waage sein, sondern möglicherweise die EDU.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Herr Scherrer Werner, ich habe keineswegs gesagt, dass die SVP eine Terrororganisation sei. Ich habe die SVP noch nicht einmal erwähnt. Ich habe lediglich gesagt, dass diese Inserate Anspielungen auf die dunkelste Zeit in Europa machen, als wir von einem Terrorregime umgeben waren. Das war meine Aussage.

Steffen Hans (D, ZH): Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi hat den Zwischenbericht zur europäischen Integrationspolitik der Schweiz wohl zur Kenntnis genommen, wird aber den Minderheitsantrag Moser auf Rückweisung an den Bundesrat mehrheitlich unterstützen.

Im Überblick auf Seite 2 erklärt der Bundesrat, der Bericht habe nicht den Zweck, als Grundlage für eine erneute parlamentarische Debatte über die europäische Frage zu dienen. Nun, die Debatte über die europäische Frage plätschert munter dahin, was mit den Vorstössen offensichtlich provoziert werden sollte.

Zurück zum Bericht: Über weite Strecken ist der Bericht auch wirklich eine zutreffende Schilderung wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen und eine Darstellung der momentanen Situation. Soweit können wir uns mit dem Bundesrat einverstanden erklären. Er hat sein sich selber vorgegebenes Ziel eines Zwischenberichtes erreicht, was allerdings für uns Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi nicht heissen soll, dass wir seine strategischen Zielsetzungen in der schweizerischen Europapolitik unterstützen.

Mit Kollege Moser sind wir der Meinung, dass die in Kapitel 4 beschriebenen wirtschaftlichen Auswirkungen des EWR-Neins, insbesondere die in Ziffer 4.3 geschilderten Einzelergebnisse, einer einseitig europafreundlichen Haltung der Verfasser entsprungen sein müssen, angefangen bei den Berichten der bundesrattreuen Auslandvertretungen und beim europafreundlichen Vorort. Weiter sei auf die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Berichte hingewiesen, die auf Seite 19 aufgelistet sind.

Ich behaupte: Diese Berichte sind Gefälligkeitsberichte. Warum? Einerseits kennen alle Verfasser die Absichten von Bundesrat und Bundesratsparteien, wie sie in den vom Bundesrat verabschiedeten Berichten zum EWR und im schubladisierten Bericht von 1992 über einen Beitritt der Schweiz zur EG enthalten sind. Andererseits wollen diese Gutachter sicher weiter für den Bundesrat tätig bleiben. Jetzt müssen Sie sich aber einmal vorstellen, was geschehen würde, wenn ein Gutachter es wagen sollte, gegen den bundesrätlichen Stachel zu locken, indem er auch die Vorteile eines Abseitsstehens der Schweiz vom EWR und negative wirtschaftliche Entwicklungen in der EU schildern würde. Ich denke, er könnte vermutlich umsonst auf einen weiteren lukrativen Experten Auftrag des Bundesrates oder der Verwaltung warten. Also muss angenommen werden, dass die Berichte einseitig verfasst sind. Deshalb unterstützen wir mehrheitlich den Rückweisungsantrag der Minderheit Moser.

Zur parlamentarischen Initiative Grendelmeier: Wir werden den Antrag der Aussenpolitischen Kommission unseres Rates unterstützen, es sei der Initiative keine Folge zu geben. Einige Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten der parlamentarischen Initiative Grendelmeier.

1. Ein EU-Beitritt der Schweiz als Ziel der schweizerischen Aussenpolitik der neunziger Jahre ist vom Bundesrat längst festgelegt. Also ist meiner Meinung nach Punkt 1 überflüssig.
2. Der Bundesrat führt die bilateralen Verhandlungen bereits zielstrebig, und er wird Ende 1995 bestimmt ohnehin Bilanz ziehen. Also ist Punkt 2 ebenfalls überflüssig.
3. Man kann den Bundesrat nicht verpflichten, 1996 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Da schwebt das Damoklesschwert der Initiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» der SD/Lega-Fraktion über den hohen Häuptern. Der Bundesrat wird kaum so übermütig sein und Verhandlungen einleiten, bevor der Souverän sich zur SD/Lega-Initiative äussern konnte.

Die Motion der Aussenpolitischen Kommission (95.3203) wird von der SD/Lega-Fraktion abgelehnt. Wir lehnen nicht nur das strategische Ziel der bundesrätlichen Integrationspolitik ab, sondern wir beurteilen die Punkte 1, 2 und 3 der Motion als überflüssige Forderungen, da sie vom Bundesrat ohne Motionsauftrag erfüllt werden. Wenn die Motion also vom Bundesrat verlangt, prioritäre sektorische Verhandlungen bis Ende 1995 zu führen, so macht er das ja bereits. Wenn zweitens eine regelmässige Beurteilung der Verhandlungsergebnisse und eine Bilanz Ende 1995 gefordert werden, so hat dies der Bundesrat ja schon versprochen. Ich glaube, es ist offensichtlich, dass eine Mehrheit der Kommission hier eine Diskussion provozieren wollte.

Punkt 5 dieser Motion ist übrigens einseitig abgefasst, als er als Reaktion von Bundesrat und Parlament auf die noch nicht geborene Volksinitiative «Ja zu Europa!» verstanden wird. Die Initiative «Ja zu Europa!» ist für mich noch nicht existent. Sie wird es erst, wenn das Zustandekommen festgestellt ist. Leider bleibt aber die Initiative der SD/Lega-Fraktion unerwähnt; diese hätte zumindest einbezogen werden müssen.

Des weiteren lehnen wir die Motion des Ständerates (Cottier) (94.3144) als Motion ab und folgen dem Antrag der Aussenpolitischen Kommission.

Der Antrag Pini, vom Bericht in ablehnendem Sinn Kenntnis zu nehmen, lag unserer Fraktion nicht vor. Ich war erstaunt, von einem alten, treuen Europäer und Eidgenossen diesen Antrag vorzufinden. Aber wer seinen Ausführungen gefolgt ist, vernahm seinen Zorn darüber, dass der Föderalismus in Europa keine Erwähnung findet. Ein Europa der Vaterländer, wie es de Gaulle vorschwebte, ist leider vom Europa nach Maastricht verschüttet worden. Dies wäre wahrscheinlich ein Punkt, wo sich die Gegner und die Befürworter unserer Europapolitik finden könnten: wenn das Ziel ein föderalistisches Europa wäre. Ich verstehe die Besorgnis des Europäers Pini, kann ihm jedoch nicht zustimmen. Ich gebe dem Antrag der Minderheit Moser den Vorzug.

Die SD/Lega-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag der Minderheit Moser, lehnt die parlamentarische Initiative Grendelmeier ab, lehnt die Motion der Aussenpolitischen Kommission ab, folgt dem Antrag der Aussenpolitischen Kommission betreffend die Motion des Ständerates (Cottier); beim Antrag Pini stimmen unsere Mitglieder frei.

Bugnon Fabienne (G, GE): A entendre toutes ces interventions, on se rend compte, Messieurs les Conseillers fédéraux, que votre souhait que ce rapport intermédiaire n'ait pas pour but de servir de document de base à un nouveau débat parlementaire sur la question européenne, n'a pas été entendu.

En complément à l'intervention de M^{me} Bär, et pour vous donner un point de vue romand et écologiste à la lecture de ce rapport, je dois dire que nous sommes étonnés de la levée de boucliers qu'il entraîne chez certains, ou du désir de renvoi manifesté par d'autres. Nous sommes étonnés, car nous l'avons trouvé plutôt modeste, mais surtout purement factuel, ce qui justifie d'en prendre acte dans l'attente du suivant, pour lequel nous souhaiterions, il est vrai, un peu plus d'engagement de la part du Conseil fédéral, qui recevra certainement mandat pour cet engagement ce soir, lorsque nous voterons, je l'espère, la motion 95.3203 de la Commission de politique extérieure.

La plupart des chapitres traités dans ce rapport sont en évolution permanente, et c'est heureux. Il n'est donc d'autre attitude que d'en prendre acte. Toutefois, en le mettant à l'ordre du jour de notre session, le Conseil fédéral et la Commission de politique extérieure relancent forcément le débat sur la question européenne, ce qui est une bonne chose. Oui, c'est une bonne chose de prendre régulièrement la température politique au sujet de l'intégration européenne! C'est important, pour le Conseil fédéral et pour ses négociateurs, pour notre Parlement, mais aussi pour la population. Le sujet ne doit pas resurgir seulement au moment d'une votation, il doit être présent en permanence. C'est grâce à l'information et à la conviction que les craintes

s'effaceront dans la population, craintes honteusement relayées par un discours simpliste et alarmiste, à l'aide d'affiches à l'humour plus que douteux.

En ce qui concerne notre groupe, sa majorité a pris connaissance avec attention et intérêt du travail effectué par le groupe de travail «Europe», dont les conclusions ont permis à la Commission de politique extérieure du Conseil national de nous proposer la motion relative à l'intégration européenne. Notre groupe souscrit à cette motion, car elle exprime très clairement au Conseil fédéral dans quel sens nous souhaitons qu'il poursuive son action: d'une part, priorité aux négociations sectorielles, avec évaluation régulière des résultats des négociations et bilan à fin 1995; d'autre part, suivi des développements de l'Union européenne et des travaux de la conférence intergouvernementale de 1996.

Notre groupe est très favorable à la participation d'observateurs suisses lors de cette conférence, qui nous paraît comme un véritable rendez-vous de l'Europe avec elle-même. Derrière un débat qui semble essentiellement institutionnel, c'est tout le projet européen qui pourrait bifurquer, depuis une vaste zone de libre-échange ingouvernable jusqu'à une Europe fédérale – les scénarios possibles sont nombreux. En tout état de cause, ils doivent faire l'objet d'un débat public et démocratique élargi, car avant même d'entrer dans le débat de fond, il s'agit de rendre démocratique le processus de réforme du traité instituant l'Union européenne. Dans cette perspective, la Suisse aurait beaucoup de profit à tirer d'un rôle d'observateur. Nous appuyons donc fortement cette demande, espérant qu'elle soit entendue.

Enfin, nous appuyons également la cinquième invite de la motion, qui propose de déterminer le moment où il faudra relancer la procédure d'adhésion à l'Union européenne. En cela, notre parti va se déterminer dans les prochains jours sur le soutien qu'il entend apporter aux jeunes et à leur initiative populaire «Oui à l'Europe».

La grande majorité de notre groupe est maintenant convaincue que la Suisse ne peut se maintenir à l'écart du projet européen. L'Europe qui se construit doit être pensée non comme une fin en soi, mais comme un outil au service de ce projet. Nous souhaitons que ce projet ne soit pas qu'une formidable puissance économique et stratégique, mais qu'il oriente également ses capacités au service d'un développement durable et de relations internationales équitables. C'est à ce projet démocratique, social et écologique que nous aspirons. Nous pensons qu'il est réalisable et qu'il faut y participer activement.

En ce qui concerne l'initiative parlementaire 94.440 Grendelmeier, nous souhaitons qu'elle soit retirée, comme l'ont été les initiatives parlementaires des groupes socialiste et démocrate-chrétien, au profit de la motion de la commission. En acceptant largement cette motion, notre Conseil donnera un signe très clair au Conseil fédéral. Il donnera également l'impression que les députés ne veulent pas se soustraire au débat européen à cause de la proximité des élections. La population doit savoir très clairement que le Parlement a compris le vote du 6 décembre 1992 comme un vote de méfiance à l'égard de la nouveauté, de l'inconnu. Dès lors, il est important que cette même population soit informée de l'évolution du projet européen en construction pour avoir le temps et le recul nécessaires qui permettront d'envisager la participation de la Suisse en dehors d'un contexte de craintes souvent infondées.

En conclusion, notre groupe remercie le Conseil fédéral et ses négociateurs de la part active qu'ils vont continuer à prendre lors des négociations et également, nous l'espérons, lors du processus d'adhésion.

Notre groupe vous recommande également de transmettre la motion 95.3203 de la Commission de politique extérieure et de rejeter la proposition de la minorité de renvoi du rapport intermédiaire.

Begrüssung – Bienvenue

Le président: J'ai le plaisir tout particulier de saluer à la tribune diplomatique la présence de M. Jürgen Weiss, président du Bundesrat autrichien. M. Weiss est notamment accompagné par M. Sturzenberger, vice-président du Bundesrat. M. Weiss représente l'âme du Vorarlberg au Bundesrat autrichien. De 1991 à 1994, il a exercé les fonctions de ministre du fédéralisme et de la réforme de l'administration. M. Weiss et sa délégation s'entretiendront, aujourd'hui et demain, avec des membres du Conseil des Etats, dont ils sont d'ailleurs les hôtes, et du Conseil national.

Nous tenons à vous dire, Messieurs, que nous apprécions tout particulièrement votre présence ici, et maintenant, où nous parlons de la politique d'intégration.

Bienvenue, Monsieur le Président, Messieurs, au Conseil national. Puisse votre visite être aussi agréable que fructueuse. *(Applaudissements)*

Stucky Georg (R, ZG): Die Option EWR ist im Bericht bescheiden weggekommen, aber wir legen Wert darauf, dass sie unbedingt offengehalten wird. Zwar war der Volksentscheid vor zwei Jahren negativ, und wir wollen auch keine schlechten Verlierer sein, aber die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen werden langsam spürbar. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung ändert, zumal der Volksentscheid knapp war.

Welche Vorteile hat eine solche Option EWR?

1. Wir können die Verhandlungen jederzeit aufnehmen, wobei der grösste Teil des materiellen Rechts ja bereits feststeht.

2. Der Präsident der EU-Kommission hat einen solchen Beitritt ausdrücklich als beste Möglichkeit zur Mitarbeit für die Schweiz genannt.

3. Die Übergangsbestimmungen sind natürlich neu auszuhandeln, aber da können wir im Unterschied zu den letzten Verhandlungen mit einer Stimme sprechen und müssen nicht immer andere Partner berücksichtigen, die andere Ziele respektive andere Schwierigkeiten haben, die wir ausräumen müssen.

4. Der institutionelle Rahmen ist, genau wie die Rahmengesetzgebung, weitgehend gegeben, und wir können da unsere Stimme dann auch geltend machen.

5. Unsere Partnerschaft mit der Efta würde wieder intensiviert, wir würden nicht nur einen Beobachterstatus haben, sondern echte Partner sein. Das führt zu einer Aufwertung der Efta, aber auch unsere Volkswirtschaft würde durch den Zutritt zum europäischen Markt profitieren.

Deshalb lege ich Wert darauf, dass diese Option aufrechterhalten wird.

Spoerry Vreni (R, ZH): Es mag den einen passen, andere mögen es bedauern, aber es bleibt Tatsache: Die Frage des EU-Beitritts ist im Moment nicht abstimmungsreif, und sie wird es in den nächsten Jahren auch nicht werden. Das heisst allerdings nicht, dass wir die Diskussion über Europa nicht intensiv führen müssen – aber bitte auf dem Boden der Realität!

Wir haben fast zwei Jahre lang auf den Beginn der bilateralen Verhandlungen gewartet, und das Ende ist trotz grösstem Einsatz unserer Unterhändler nicht absehbar. 1996 beschliesst die EU-Ministerkonferenz über die neue Ausrichtung der EU. Vorher sind Beitrittsverhandlungen praktisch ausgeschlossen. Spätere Beitrittsverhandlungen werden viel Zeit beanspruchen. Die gleichzeitig nötigen Anpassungen in der Schweiz werden heftig umstritten sein. Ich erinnere nur an die Frage des Satzes der Mehrwertsteuer von 15 Prozent. Daraus ergibt sich, dass ein EU-Beitritt für die Schweiz kein Sonntagsspaziergang ist, aber – davon spricht

man viel zuwenig – auch der Alleingang ist kein Sonntags-spaziergang. Auch der Alleingang wird unser Land verändern.

Über diese Fragen müssen wir in der nächsten Legislatur diskutieren, offen, nüchtern, umfassend. Das ist unsere Aufgabe in der nächsten Zukunft. Den EU-Beitritt jedoch heute zur Frage über Sein oder Nichtsein für die Schweiz hinaufzu-stilisieren ist Wahlkampf und nicht Realität.

Tschopp Peter (R, GE): J'aurais, en principe, voulu faire un exposé dépassionné et un peu technique, mais j'ai dû constater, à la réception de ce rapport intermédiaire, qu'il ne s'y prête pas: techniquement, il est assez pauvre. Messieurs les représentants du Conseil fédéral, j'espère qu'on apprendra à faire des bilans un peu plus substantiels pour les prochaines éditions.

Ce qui m'a décidé à vous faire un petit discours politique, c'est d'abord l'exposé, fait de nuances, presque de clivages, du rapporteur de langue allemande, très discret, et l'exposé du rapporteur de langue française. Le membre de la Commission de politique extérieure que je suis s'est reconnu nettement plus clairement dans les propos du rapporteur de langue française. Et puis il y eu les discours de ceux qui rejettent toute forme d'intégration et qui me font penser que, de tous les pays européens, la Suisse finira par être celui qui vit le plus mal le processus d'intégration en cours.

On finit, il est vrai, par croire que l'on est les seuls dépositaires d'indépendance nationale, de fierté et de patriotisme. Or, ce n'est de toute évidence pas l'Europe qui fait problème à l'heure actuelle. Depuis que l'histoire parle d'Europe, cette Europe riveraine n'a jamais été plus dépourvue de menaces réelles à notre égard. Tout se passe comme si cette soudaine décompression nous effrayait. La perspective d'une paix durable avec nos voisins immédiats nourrit chez nous la crainte que la «Willensnation Schweiz» pourrait céder la place à une mentalité euphorique de fusion, à la dissolution d'une Suisse qui ne tiendrait ensemble que sous la menace extérieure. Croire que nous sommes les seuls dépositaires d'une fierté nationale est présomptueux. Réduire la Suisse à un pacte de solidarité, tributaire d'une simple menace, revient à nier une quelconque mission de notre pays, dans le contexte de la construction européenne en cours. Pourtant, l'Europe elle-même nous conçoit comme une maquette réussie du fédéralisme européen de demain.

Les opposants à l'intégration se ressource maintenant dans le graphisme des années trente. Le malheur réside dans leur succès. Ils arrivent à désécuriser tout le monde, le Conseil fédéral y compris, au point que ce Conseil fédéral omet de rappeler, dans le rapport que nous discutons aujourd'hui, qu'il considère l'adhésion à l'Union européenne à terme comme inéluctable. Du coup, ce rapport intermédiaire aux bases techniques fragiles, devient insipide. L'europhobie finira par tous nous paralyser.

Personne ne conteste que les relations bilatérales, aujourd'hui, sont prioritaires. Mais elles ne nous donneront jamais beaucoup plus, puisqu'elles sont exclusivement économiques, que ce que Monaco a pu obtenir de la France, et que ce que le Liechtenstein a pu obtenir de la Suisse, soit deux espaces qui ont troqué leur place minimale dans l'histoire et leur véritable indépendance pour quelques niches de confort économique.

J'espère vraiment que l'horloge parlante de l'histoire ne nous dira jamais: «Au troisième top, il sera exactement trop tard!» Les générations futures ne nous pardonneraient jamais ce retard, comme nous-mêmes nous avons aujourd'hui, avec cinquante ans de recul, de la peine à comprendre la frilosité de nos parents à l'égard des victimes des fascismes d'antan. Même si – et je termine par cette réflexion – la motion 95.3203 que la Commission de politique extérieure a concoctée à quelques imperfections, elle me semble devoir être transmise, pour soutenir le Conseil fédéral, pour fixer un calendrier et un agenda à notre politique d'intégration, et pour préparer la nécessaire évaluation de l'approche bilatérale que nous tentons.

Meier Hans (G, ZH): Im Herbst 1992 habe ich gegen den EWR-Vertrag gekämpft, weil ich diesen Vertrag als Vorstufe des EU-Beitritts ansah. Dazu stehe ich noch heute. Noch Ende der achtziger Jahre sagte unser Bundesrat, dass ein Vollbeitritt in die EG die Rechte unseres Bundesstaates und die direkte Demokratie in Gefahr brächte und nicht in Frage komme. Männigliche Zustimmung in diesem Parlament! Heute aber wollen Bundesrat und grosse Teile des Parlamentes aus wirtschaftlichen Gründen das Diktat aus Brüssel akzeptieren und sind bereit, dafür einen grossen Teil unserer demokratischen Errungenschaften zu opfern.

Wo wäre zum Beispiel die von unserem Volke angenommene Alpen-Initiative bei einem EWR-Ja gelandet? Auf dem Misthaufen der Ungültigkeitserklärung!

Bei einem Beitritt unseres Landes zur EU würden Bundesrat und Parlament noch mächtiger und könnten in Zukunft unter der Protektion aus Brüssel dem Schweizervolk verordnen, was ihm angeblich frommt und angeblich guttut. Sicher, die Mühlen der direkten Demokratie mahlen langsam. Aber zu hoffen, die fälligen Reformen würden durch die Aufgabe der Souveränität und die Beschneidung der Volksrechte eingeleitet, ist ein Irrtum.

Für die europäische Umwelt bedeutet die EU nichts Gutes. Dieser grenzenlose Binnenmarkt ist kein sauberer Binnenmarkt. Trotz aller inzwischen erkannten Gefahren steht das Wirtschaftswachstum immer noch höher im Kurs als der Umweltschutz. Drastisch zeigt sich das in Brüssel, wo 30 Lobbyisten der Umweltorganisationen gegen 3000 der Industrie Einfluss nehmen wollen.

Einer EU, einer Union, in der die Grossen machen, was sie wollen, in der die Franzosen ihre Atomversuche wiederaufnehmen und die Engländer die Versenkung der Shell-Ölbohrinsel unterstützen, opfern wir unsere Souveränität nicht. 1998 feiern wir den hundertfünfzigsten Jahrestag unserer heutigen Schweiz. Das Schweizervolk wird es nicht zulassen, dass im gleichen Jahr oder auch etwas später mit einem EU-Beitritt das Begräbnis seiner Souveränität und der direk-demokratischen Rechte eingeläutet wird. Davon bin ich überzeugt, und dafür werde ich kämpfen.

Als 7prozentiger Minderheit hat mir meine Fraktion grosszügig 20 Prozent der Redezeit eingeräumt. Dafür danke ich ihr!

Ziegler Jean (S, GE): Il y a une atmosphère de tristesse, une atmosphère kafkaïenne dans cette salle. C'est absolument incroyable d'écouter ces discours. On dirait qu'on vit sur une planète lointaine qui n'a plus rien à voir avec la société des hommes.

J'ai entendu M^{me} Spoerry tout à l'heure qui disait: «Ce n'est pas mûr. On ne peut pas discuter maintenant de l'entrée de la Suisse dans l'Union européenne. Le temps n'est pas encore venu» Madame Spoerry, vous êtes une femme intelligente, je le crois. Vous avez lu des livres. Vous lisez parfois des journaux – peut-être pas beaucoup d'autres que la «Neue Zürcher Zeitung». Mais enfin, l'histoire ça existe! Le destin des peuples, ça existe! Le temps qui passe, ça existe! L'Union européenne aura la monnaie unique dans 5 ans; l'écu sera la monnaie unique de l'Europe dans 5 ans. L'université européenne se construit. Les étudiants suisses à partir de 1996 ne pourront plus étudier dans une université étrangère. Nos étudiants seront exclus du programme Erasmus. L'année prochaine, il y aura une conférence ministérielle où on jettera les bases du gouvernement supranational prévu par le Traité de Maastricht. Il y aura la sécurité militaire collective européenne. Et dans de telles circonstances, vous venez nous dire que le peuple suisse multiculturel, multiethnique, vieux de 700 ans, ne doit pas se joindre à ce processus de décision continental, d'intégration internationale. Le temps, pour vous, n'est pas venu! C'est un aveuglement total que je ne comprends pas. Mais enfin, il y a des infirmités qui restent inexplicables.

Le Conseil fédéral est très décevant. Ce rapport intermédiaire – le quatrième en 15 ans – ne dit rien ou pas grand-chose. Il ne contient pas de programme d'action, d'intervention, pas de chronologie, rien du tout; c'est une sorte d'inventaire précis de comptable. Il me semble que le Conseil fédé-

ral – les personnalités qui le composent sont très bien, exceptionnelles, sympathiques, intelligentes – dans son ensemble, en tant qu'instance, a l'attitude du lapin devant le serpent. Comme le lapin peureux, il fixe le dernier sondage, scrute le dernier discours de M. Blocher et renonce immédiatement à toute forme d'action sensible. On nous a promis un premier rapport sur les négociations bilatérales concernant les sept dossiers pour avant les vacances et il n'y a rien eu. Je soupçonne qu'en automne, on n'aura rien non plus puisque les négociations bilatérales ne progressent pas du tout étant donné que chacun des 15 membres de l'Union européenne peut opposer son veto sur tel ou tel point.

J'ai fait une petite recherche historique. La composition du premier Conseil fédéral, celui qui est entrée en fonction en 1848, est extraordinaire: Stefano Franscini, tessinois, carbonaro, a lutté les armes à la main en Lombardie contre l'occupation autrichienne; Ulrich Ochsenbein, général révolutionnaire français, fut commandant de la place de Lyon; Josef Munzinger, de Soleure, fut poursuivi pour avoir abrité illégalement à Soleure des réfugiés rhénans, etc. C'était sept internationalistes. Même Jonas Furrer, le premier président de la Confédération, qui était le plus modéré, a fait très bonne figure, grâce à son accueil des réfugiés et sa solidarité internationale pour les révolutionnaires d'Autriche, d'Allemagne et de France. C'était des internationalistes qui ont pratiqué la solidarité, l'ouverture au monde et qui pensaient que cette république confédérale issue de la révolution de 1848 allait être l'exemple, le berceau de cette Europe unifiée à venir.

C'est une formidable et terrible régression que nous vivons. J'ai peur pour la génération de mon fils, j'ai peur pour toutes les générations à venir. Si nous n'ouvrons pas maintenant les négociations avec l'Union européenne, nous sortons de l'histoire et je ne donne pas cher de la survie de l'Etat national suisse.

M. Scherrer Werner – juste un mot à son intention puisqu'il vient de Thoune comme moi – a dit: «Seuls les socialistes, ces types sans patrie, ont une tradition internationaliste.» Oui, et j'en suis fier. La première Internationale socialiste date de 1864. Le rêve d'une Europe des peuples unifiée, solidaire et démocratique, c'est l'héritage des socialistes. C'est pour ça que nous combattons.

C'est pour ça que vous devez transmettre la motion 95.3203 tout à l'heure.

Engler Rolf (C, AI): Von der CVP wird immer wieder verlangt, in der Europadebatte Farbe zu bekennen. Wissen Sie, die Politik der SVP unter Herrn Blocher, dieser Weg der Isolation, das ist keine Farbe, das ist schwarz. Und das Weiss der Europa-Euphoriker, die einen Beitritt lieber heute als morgen hätten, ist ebenfalls keine Farbe. Die Farbpalette ist weit grösser und breiter, als wir glauben, und auch die Politik enthält viel mehr an Nuancen als nur schwarz oder weiss.

Ich möchte Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der EWR auch für die drei Staaten, die noch darin mittun, bis heute bewährt hat. Sie haben, selbst bei aussenpolitischen Fragen, ein Mitwirkungsrecht erstritten; das Konsultationsverfahren bewährt sich. Die Schweiz steht dabei im Abseits. Dies ist ein erheblicher Nachteil.

Ich möchte hier doch unterstreichen, dass sich die CVP-Fraktion in der Frage der europäischen Integration als zuverlässiger Partner erwiesen hat. Unsere Fraktion war beim EWR ja jene Fraktion, die am geschlossensten auftrat – das ist wahr, Herr Miesch! Unsere Fraktion ist jene, die in Europa am stärksten konsultiert wird, wenn es um die Politik der Schweiz geht. Ich möchte Sie deshalb bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass die CVP auch in einer künftigen Europapolitik auf diesen pragmatischen Kurs setzen wird. Wir wünschen Mitarbeit statt Konfrontation. Mit der Annahme der Alpen-Initiative – da möchte ich doch widersprechen, vor allem Herrn Meier Hans – haben wir etwas sehr Wichtiges aufs Spiel gesetzt, was für unsere Aussenpolitik immer wieder wichtig war, nämlich die Vertragstreue.

Die CVP ist der Auffassung, dass die bilateralen Verhandlungen möglichst bald zu Ende geführt werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass diese Verhandlungen sehr hart

sein werden und der Weg steinig sein wird, und sie werden aufzeigen und bildlich machen, wieviel wir möchten und wie wenig zu geben wir bereit sind. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir die Ergebnisse permanent analysieren müssen und dass in diese Analyse etwas Zweites einfließen sollte, nämlich die Wiederaufnahme der Diskussion bezüglich eines EWR-Beitritts. Nach Auffassung der CVP ist effektiv ernsthaft zu prüfen – wir möchten hier auch die Motion der Aussenpolitischen Kommission ergänzen –, ob wir diese Option nicht nochmals diskutieren sollten. Mich hat es gefreut, dass Herr Stucky und auch Frau Spoerry in diese Richtung optierten, obwohl gerade ihre Fraktion bzw. ihre Partei eigentlich einen rascheren Europakurs anschlugen und gleichzeitig – was mir als Widerspruch erscheint – noch einen Ausbau der Volksrechte im Innern haben möchten.

Wenn wir die Zerreissprobe im Innern vermeiden möchten, dann ist es durchaus sinnvoll, einen EWR auf Zeit zu prüfen, einen EWR zum Beispiel auf zehn Jahre. Damit können wir eine Zerreissprobe vermeiden. Wir können zwischen Europa-Euphorie und Isolation einen Mittelkurs fahren, und es wird so möglich, wirklich wieder sachlich, wie das Frau Spoerry gewünscht hat, über die eigentlichen Fragen zu diskutieren.

Ich bitte Sie, diesen Mittelweg einzuschlagen, der sich auch traditionell immer wieder bewährt hat.

Blocher Christoph (V, ZH): Monsieur Eggly, ce n'est pas l'ombre de Christoph Blocher qui parle ici, je suis réellement bien là.

Das, was wir heute behandeln, ist doch nicht eine philosophische Frage! Herr Eggly, ich war im Welschland, in La Chaux-de-Fonds. Es war hochinteressant. Ich habe gemerkt, dass wir auf den zwei Seiten der Saane ganz andere Fragestellungen haben. Sie sprechen über die Frage: «Ouverture ou isolation?» Das ist doch nicht die Frage. Für mich ist sie klar: C'est l'ouverture! Aber es geht um Werte. Es geht um eine Wertordnung.

Herr Bundesrat, Sie haben acht Gutachten erstellen lassen, um die Nachteile abzuklären, wie hier geschrieben steht. Sie können hundert Gutachten machen lassen. Über Wertordnungen können Sie keine Gutachten machen. Wenn Sie überrigens Gutachten machen lassen müssen, um Nachteile eines Volksentscheides zu suchen, dann gibt es keine Nachteile. Wenn Sie sie mit der Lupe suchen müssen, dann ist das lächerlich. Sie brauchen kein Gutachten erstellen zu lassen; Sie können mit Ihrem gesunden Menschenverstand sagen, dass Ihre Prognosen darüber, was alles passieren würde, wenn wir den EWR ablehnten, ganz einfach nicht eingetroffen sind.

Um welche Fragen geht es dann? Um welche Wertordnung? Es geht doch um die Fragen: Wollen Sie, dass wir in unserem Land selbst bestimmen können? Wie weitgehend soll diese Selbstbestimmung sein? Das sind fundamentale Fragen des Staates. Wie halten Sie es denn mit der Autonomie? Wollen Sie, dass die direkte Demokratie so geschwächt wird? Wollen Sie das diesem Land zumuten?

Bei einem EU-Beitritt übertragen wir die Macht vom Volke auf das «Rathaus in Brüssel». Das ist der Unterschied zu allen anderen Staaten, wo die Macht von einem «Rathaus» zum anderen, von einer Classe politique zur anderen, verschoben wird.

Sind denn das unanständige Fragen? Wie halten Sie es eigentlich mit dem Verrücktesten im Maastrichter Vertrag, mit der Währungsautonomie? Mit dem Instrument, mit dem man in unserem Land die wirtschaftliche Konjunktur, die Inflation, die Zinssätze, die Arbeitslosigkeit steuern kann? Abtreten! Wollen Sie das?

Wie stellen Sie sich dazu, die Sozialpolitik aus den Händen zu geben, die Aussenpolitik aus den Händen zu geben? Wollen Sie in diesem Land 15 Prozent Mehrwertsteuer? Das ist der Mindestansatz, den Sie einführen müssen. Das sind doch alles Fragen, die sich stellen. Wollen Sie jährlich 5 bis 7 Milliarden Franken nach Brüssel bezahlen? Das sind ungefähr 15 Prozent der Bundeseinnahmen. Das hat doch Folgen für die Wirtschaft. Wir könnten auch keine eigene Wirt-

schaftspolitik mehr betreiben. Sie können eine Gleichung machen: Sie sprechen von gleich langen Spiessen. Wenn Sie die längeren Spiesse, die wir haben, kürzen, gibt's gleich lange Spiesse!

Nein, es geht um Werte. Und es stellt sich die Frage, ob Sie zu diesen Werten stehen. Diese Werte sind ein Teil der Heimat. Wer nicht mehr die Kraft hat, diese Werte zu verteidigen, ist der Heimat müde, um es gelinde zu sagen!

In diesem Bericht wird zuerst von bilateralen Verhandlungen gesprochen. Das Wichtigste wäre es, zu wissen, was der Zweck dieser bilateralen Verhandlungen ist, das Ziel. Wollen Sie mit bilateralen Verhandlungen – auf gut deutsch heisst das zweiseitig, damit man das etwas vom Sockel herunterholen kann – die Interessen dieses Landes ausserhalb der Europäischen Union wahren? Oder wollen Sie etwa das Gegenteil? Wollen Sie mit Verhandlungen die ersten Schritte vorwegnehmen, um dann das Land hinter dem Rücken des Volkes und trotz seinem Entscheid in die EU zu führen? Das ist die entscheidende Frage.

Leider haben Sie mit der Genehmigung des Berichtes des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren die Weichen gestellt. Sie haben gesagt, das Ziel solle der EU-Beitritt sein, also muss sich alles diesem Ziel unterordnen. Darum das grosse Misstrauen in diese Verhandlungen.

Diese Verhandlungen, das ist mir klar, sind ein Geben und Nehmen; ich will da nicht ins Detail gehen. Aber eines dürfen Sie nicht machen: Sie dürfen sich doch keine Fristen setzen. Bei Verhandlungen dürfen Sie nie Zeitangaben machen, selbst wenn Sie ein Ziel im Kopf haben; denn dann werden Sie immer verlieren. Derjenige, der am längsten durchhalten kann, wird gewinnen.

Als Weiteres: Sie müssen jetzt alles, was Sie wollen, auf den Tisch legen, und Sie dürfen nicht abschliessen, bevor Sie alles bereinigt haben. Wenn die einen von Parallelität sprechen, müssen Sie das auch tun. Das Textildossier enthält eigentlich den einzigen ernsthaften Nachteil für eine Branche, wenn wir nicht in der Europäischen Union sind. Ich spreche nicht vom EWR; dieser hätte das Problem nicht beseitigt. Dieses Dossier muss eingebracht werden, vorher dürfen Sie keine Verhandlungsergebnisse einbringen, so lange müssen Sie warten.

Gott sei Dank steht ja in diesen Verhandlungen nichts Lebensnotwendiges auf dem Spiel. Unser Land könnte auch leben, wenn wir keine Einigung finden würden; das ist das grosse Glück. Solche Verhandlungen führen wir seit 700 Jahren, seit es einen Staat gibt. Solche Verhandlungen führt man laufend, man muss sie also nicht so sehr auf den Sockel stellen.

Ich möchte der CVP-Fraktion nur empfehlen, sich jetzt nicht dahinter zu verschancen. Herr Engler, Sie wissen genau, Sie werden für den EU-Beitritt sein; der Unterschied zwischen Ihnen und den Sozialdemokraten besteht nur darin, dass jene schon vor den Wahlen der EU beitreten wollen und Sie erst nach den Wahlen. Jetzt müssen Sie es einfach noch sagen. Nein, ich bin der Meinung, wir sollten über dieses Ziel Klarheit haben; wir haben in der Zielsetzung eine Kluft zwischen Volk und Regierung, und deshalb kommen wir nicht vom Fleck.

Diesen Bericht können Sie ablehnen, gutheissen oder zurückweisen, es kommt aufs gleiche heraus. Wichtig ist, dass wir eine Marschrichtung bekommen, die in Übereinstimmung mit dem Volk ist. Ich möchte dem Bundesrat sagen: Nach dem 6. Dezember 1992 ist seine Marschrichtung nicht jene des Volkes.

Engler Rolf (C, AI): Ich möchte Herrn Blocher doch eine Antwort geben. Ich persönlich teile seine Ansicht zur Währungsfrage. Ich teile seine Ansicht bezüglich der demokratischen und föderalistischen Nachteile der EU und bin absolut seiner Auffassung, dass sich hier auch bei der EU vorher etwas ändern müsste.

Die CVP hat gesagt, wenn wir pragmatische Schritte tun, so bedeute dies nicht, dass wir in einem oder in zwei Jahren darüber abstimmen. Frau Spoerry hat sehr wohl gesagt,

dass wir in den letzten dreissig bis vierzig Jahren bilaterale Verträge abgeschlossen haben. 1987/88 hat man behauptet, man könne ja auf diesem bilateralen Weg weiterfahren, weil die Schweiz über hundert bilaterale Verträge habe. Das hat sich dann durch eine einzige Erklärung seitens der EU geändert. Ich bin der Meinung, dass sich dieser Bilateralismus vielleicht in etwas geänderter Form wiederaufnehmen lässt, z. B. durch Konzepte in Brüssel oder durch eine EWR-Neuaufgabe. So wird man die Probleme sicherlich angehen können.

Wenn wir jetzt andererseits nur auf Isolationismus setzen, dann werden wir uns von Europa abmelden und die wirtschaftlichen Probleme verstärken, was doch nicht in Ihrem Interesse sein kann. Ich möchte Sie doch bitten, nicht immer, wenn jemand für einen Schritt ist, zu sagen: «Ihr seid dann auch für den nächsten Schritt.» Diesen Fehler hat schon der Bundesrat gemacht; wir lassen uns das hier nicht sagen.

Gross Andreas (S, ZH): Bevor ich Herrn Blocher auch eine bessere Antwort geben möchte, eine Bitte an den Bundesrat: Zu dem, was Herr Ziegler Jean als «tristesse» dieser Debatte beklagt hat, haben auch Sie beigetragen. Was Sie uns in Ihrem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren nahebringen wollten, lösen Sie selber in diesem Zwischenbericht nicht ein.

In der Sprache, in der Diktion äussert sich bekanntlich das jetzige Denken. Und wie heute gesprochen wird, bestimmt auch das Denken in der Zukunft. – Herr Blocher, hören Sie doch zu!

Wenn Sie, meine Herren Bundesräte, in unserem Zwischenbericht zweimal von der «Entwicklung an der Aussenfront» sprechen, müssen Sie sich nicht wundern, dass viele Bürgerinnen und Bürger, die von Europa weniger wissen als Sie, Europa als Gegner empfinden. Von der «Front» spricht man nur in einem Krieg, und wir haben keinen Krieg mit Europa. Wir wollen zusammenwachsen. Mit einer kriegerischen Sprache, mit Pulverdampf und Leichengeruch kann man nicht die Verständigung mit anderen suchen.

Das ist kein philosophisches Problem, kein philosophisches Thema, sondern ein ganz konkretes mit konkreten Folgen. Zum Beispiel: Mit einem militärischen Gegner über einen Vertrag zu sprechen und ihm gleichzeitig beizutreten, wird in einer militärischen Logik sofort als Widerspruch empfunden. In einer politischen Partnerschaft, bei der Erarbeitung eines Vertrages im Hinblick auf eine politische Partnerschaft, ist es kein Widerspruch, über konkrete sektorale Fragen zu verhandeln und gleichzeitig auch anzutönen, dass man beitreten möchte. Deshalb bestimmen Sie in der Art, wie Sie über etwas reden, sozusagen das Thema selber, und da finde ich einen eklatanten Widerspruch in der Diktion: Es gibt kein Innen und Aussen mehr in Europa. Das war es eigentlich, was Sie uns mit Ihrem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren sagen wollten. Sie übernehmen aber genau diese kriegerische Rhetorik, wenn Sie – wie auf Seite 4 des Berichtes zweimal – von Entwicklungen an der «Aussenfront» sprechen.

Die zweite Bitte richtet sich an jene, welche den EWR sozusagen wieder aus der Mottenkiste ziehen und revitalisieren wollten. Ich habe auch gehört, dass der Vorort an seiner Vorstandssitzung beschlossen hat, dem Parlament das als Kritik an der Strategie des Bundesrates nahezulegen. Und prompt hat Herr Stucky, der wahrscheinlich die direkteste Verbindung hat, gesagt: «Option EWR offenlassen.» Er hat auch noch begründet, es sei dann einfacher, mit der EU zu verhandeln, weil dann nur die Schweiz, mit einer Stimme sozusagen, als Partner reden könne. Da handeln Sie wieder genau so egoistisch: Sie tun so, als ob andere Staaten nicht mehr dazugehörten. Ist denn Norwegen kein Staat, der auf EWR-Seite immer mitreden möchte? Ist Norwegen keine souveräne Nation, die es zu berücksichtigen gilt? Es zeigt sich halt immer wieder: Es geht Ihnen um den Markt, es geht Ihnen aber überhaupt nicht um eine politische Integration. Deshalb denke ich, dass wir uns das nicht so einfach machen können. Wir müssen sagen, dass dieser Umweg jetzt abgeschlossen ist, weil alles dafür spricht, dass die Voraus-

setzung, weshalb uns die EU überhaupt den EWR vorschlug – als Auffangstation für jene, die sie 1988 nicht in der EU wollte –, heute nicht mehr gilt.

Zu Herrn Blocher: Sie haben jetzt sehr schön von Werten gesprochen. Sie haben gesagt, dass Sie für die Öffnung seien, dass Sie für die Selbstbestimmung seien. Aber der Unterschied ist eben, Herr Blocher, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer weder über Ihre ökonomische Stärke noch über Ihr Vermögen oder Ihre wirtschaftliche Kapazität verfügt. Diese Menschen, die Bürgerinnen und Bürger sind, ohne über Ihre ökonomische Potenz zu verfügen, müssen sich politisch integrieren. Sie können nicht sagen: Wir bleiben politisch allein, öffnen uns aber und machen mit. Sie sind auf eine politische Verfassung angewiesen, welche die Gleichwertigkeit und die Freiheit für alle gewährleistet.

Sie können schon sagen, dass Sie sich öffnen und mitmachen wollen. Genausowenig, wie die Arbeiter in der Ems-Chemie zu sagen haben, haben die Schweizer in Zukunft zu sagen, wenn sie politisch nicht dazugehören. Für Sie als Chef der Ems und als ökonomisch potenter Schweizer mag das etwas anders sein. Aber wenn Sie von sich auf alle schliessen, dann verkennen Sie die unterschiedliche Situation. Die Schweizerinnen und Schweizer, die nicht über Ihre ökonomische Potenz verfügen, müssen darum kämpfen, dass wir als Schweizerinnen und Schweizer zusammen mit anderen Europäern unsere sozialen, politischen und freiheitlichen Werte erhalten und ordnen können. Das ist möglich, weil auch die EU heute begonnen hat, zu diskutieren, ob sie die Integrationslogik von einer Vertragsebene zwischen den Staaten auf eine Verfassungsebene zwischen den Bürgern legen möchte. Das ist die Chance für alle Schweizer, die Werte der Demokratie und der Freiheit zu erhalten, auch in einer Umgebung, in der die Ökonomie viel zu sagen hat, weil auf der europäischen Ebene die Politik die Ökonomie noch völkerverträglich, sozialverträglich und ökologieverträglich begrenzen kann, so, wie das 1848 in der Schweiz versucht worden ist. Das ist der Unterschied. Sie können nicht den Arbeitern der Ems sagen, es gehe Ihnen um die Demokratie. Wir als Schweizer wollen in Zukunft nicht den heutigen Status der Arbeiter der Ems haben, sondern wir wollen die Gleichberechtigung und die freien Rechte freier Bürgerinnen und Bürger, wie wir sie heute in der Schweiz haben, in Zukunft auch in Europa. Das ist möglich.

Wenn Frau Spoerry sagt, dass dies heute noch nicht realistisch sei: Zur Realität gehört auch das, was noch nicht ist, aber bald werden könnte. Wenn «gouverner» «prévoir» heisst, wie Herr Mühlemann nachher bestätigen wird, dann gehört es zur realistischen Politik, das vorherzusehen, was bald Realität wird. Wenn Sie als Realität nur nehmen, was man schon sieht, werden Sie immer zu spät kommen. Passives Warten müssen wir durch aktives Tun ersetzen. Wir dürfen nicht länger warten, sondern müssen aktiv mitgestalten. Deshalb ist es völlig falsch zu sagen, jetzt gehe es noch nicht um den Beitritt, jetzt diskutiere man diese Perspektiven nicht. Diese Perspektiven sind wichtig und entscheidend, um die Wertediskussion mit Herrn Blocher in einem nichtnationalistischen Zusammenhang zu führen und folgendes zu zeigen: Wenn es um diese Werte geht, führt das genau zu einer europäischen Integration auf einer demokratischen Basis, weil wir ohne diese Verfassung das Opfer der Ökonomie werden und weil wir als Schweizer alleine nicht mehr die Kraft haben, Herrn Blocher und die Ökonomie zu begrenzen. Das ist meiner Meinung nach der sehr wichtige Unterschied zu Herrn Blocher, den es in der Diskussion in Zukunft deutlich herauszuarbeiten gilt.

Mühlemann Ernst (R, TG): Wir führen hier keinen Glaubenskrieg zwischen Links und Rechts, und, Herr Gross Andreas, wir sollten auch aufhören, einen Abstimmungskampf um den Vollbeitritt zur Europäischen Union zu betreiben. Dies wird erst in zehn Jahren stattfinden, Herr Blocher.

Wir haben schlicht und einfach einen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, den der Bundesrat formuliert hat – als minimales Europaprogramm. Es geht darum, jetzt und heute drei Brücken zur Europäischen Union zu bauen: eine wirtschaftliche,

eine forschungspolitische und eine verkehrstechnische, und dazu haben wir am europäischen Haus politisch mitzuarbeiten über die Instrumente, die uns das Volk bewilligt hat, nämlich Eurapat und OSZE. Der Bundesrat will aber, dass für die Zukunft – da ist es richtig, Herr Gross, von «gouverner, c'est prévoir» zu sprechen – die Türen offenbleiben, und zwar nicht eine, sondern mehrere. Wenn Sie den Bericht gelesen haben, dann wissen Sie, dass das ein redlicher, seriöser, ausgezeichneter Rapport zur jetzigen Lage ist, der nicht trügerische Illusionen weckt.

Sie haben einen ersten Teil, der die Entwicklung der EU klar und deutlich zeigt, mit dem Versuch, in einer Regierungskonferenz 1996 die Organisation effizienter und demokratischer zu gestalten. Leider – da haben Sie recht, Herr Steffen – fehlt hier der Gedanke des föderalistischen Europas. Das ist zu bedauern und muss uns nachdenklich stimmen.

Zweitens ist in diesem Bericht klar festgehalten, dass das EWR-Nein auch wirtschaftliche Nachteile hat, und zwar recht beträchtliche. Es sind die psychologischen Probleme, die sich im gesamten Handel mit Europa stellen. Es gibt etwa die Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland, die dazu führen, dass uns Steuergelder fehlen und Arbeitsplätze verlorengehen. Oder es sind immense Nachteile, die etwa die Swissair in Kauf nehmen muss. Sie können es nachlesen: Es sind sehr viele Einzelheiten aufgezählt, die belegen, dass das EWR-Nein, obwohl wir es akzeptieren, Nachteile im wirtschaftlichen Bereich hat.

Der dritte Teil ist der entscheidende. Wir stehen nicht am Ende der bilateralen Verhandlungen, wir sind am Anfang, ja noch nicht einmal in der Halbzeit. Unsere Unterhändler haben es dringend nötig, dass wir ihnen «Rückenwind» geben und nicht als Totengräber auftreten. Bei diesen Verhandlungen geht es – Herr Blocher, Sie haben recht – um ein Geben und Nehmen. Wenn wir das Dossier über den freien Personenverkehr nehmen, dann braucht es halt auch von uns ein Zugeständnis. Ich sehe nicht ein, warum man in einem Europa, in dem keine Völkerwanderung stattfindet, für den ersten Kreis die Grenzen nicht öffnen kann; dafür sollte man die Grenzen für den dritten Kreis schliessen, und damit kann man dafür sorgen, dass gesamthaft keine Überfremdung eintritt. Das alles ist möglich, und wir haben allen Grund, uns endlich zusammenzuschliessen, den Bundesrat zu stützen, die Verhandlungen zu fördern und nicht dauernd herumzumäkeln, irgend etwas herauszufinden, was man noch besser hätte machen können.

Die FDP, um es einmal klar zu sagen, ist gegen jede Isolationspolitik, die uns in die Isolation treibt, gegen jede Vetopolitik, die glaubt, wir könnten wirtschaftlich selbständig sein. Wir leben nicht mehr nach dem Motto von Schiller «Der Starke ist der Mächtigste allein». Wir haben über Gatt, über bilaterale Verträge, über den kleinen Grenzverkehr mit dem Ausland wirtschaftliche Verbindungen aufzunehmen, und ob dann daraus weitere politische Verbindungen entstehen, können wir heute nicht mit Sicherheit sagen. Die FDP ist aber auch gegen eine «Subito-Politik», die uns weismachen will, dass wir Ende 1996 oder am 1. Januar 2000 der EU beitreten werden.

Herr Blocher, Sie haben recht: Ein politischer Führer, der den Zeitpunkt zu früh fixiert, kommt entweder zu früh oder zu spät, aber nicht «just in time». Wir müssen uns endlich zusammenraufen, damit wir mit dem Bundesrat zusammen in der Europapolitik Resultate erreichen. Wir brauchen erste Erfolge, und da sind sechs Dossiers, die zeigen – wenn sie parallel abgeschlossen werden –, dass wir wirtschaftlich mit Europa zusammenarbeiten können.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): Lors du débat sur l'Espace économique européen, les opposants au traité ne voulaient pas entendre parler de multilatéral. A les écouter, la seule voie acceptable, c'était le bilatéral; c'était une voie appropriée pour notre pays.

Puis il y a eu le scrutin du 6 décembre 1992, dont il ne faut pas sous-estimer que la Suisse en est, en quelque sorte, sortie polytraumatisée. Oui, il y a eu plusieurs fractures: fracture entre la Suisse romande et les autres parties du pays; fracture entre les villes et les campagnes; fracture entre les gé-

nécessités. On peut toujours, même sérieusement blessé, se sortir d'un accident, à une condition: ne pas se résigner à demeurer affaibli.

Depuis deux ans et demi, la Suisse fait une sorte de surplace, et c'est pour faire face que des négociations bilatérales ont été engagées. Ces négociations sont difficiles, leur aboutissement est incertain, le prix à payer pourrait être élevé. Il faut cependant en espérer des résultats, car, dans l'immédiat, c'est le seul antidote à notre isolement, et il faut saluer la ténacité de nos négociateurs et les assurer de notre soutien.

Mais puisqu'on évoque le terme de «soutien», alors parlons-en, et parlons-en en termes de politique intérieure, simplement pour dénoncer le triste spectacle auquel nous assistons. Les opposants à l'Espace économique européen, ceux qui, à l'époque, ne juraient que par le bilatéral, devraient être aujourd'hui les premiers à soutenir, à appuyer nos négociateurs. Or, ils continuent à dire non à tout et brandissent déjà les armes référendaires. Alors, j'en tire une conclusion: ces prétendus patriotes, le 6 décembre 1992, ont tout simplement menti. Et ça n'est pas tout: je constate aujourd'hui qu'ils sont lâches, parce que, voyant que le bilatéral est décidément difficile, ils se défilent, ils ne veulent même pas assumer les conséquences d'une situation qu'ils ont pourtant largement contribué à créer. Et comme on l'a entendu tout à l'heure, quand ces gens viennent nous parler aujourd'hui de valeurs, je trouve que leur propos est inapproprié.

Monsieur Blocher, je crois que vous n'êtes pas qualifié pour parler de valeurs, tout simplement parce que vous avez peur. Vous n'êtes pas qualifié pour défendre nos institutions tout simplement parce que vous montrez clairement que vous n'avez pas confiance en elles. Vous pensez qu'elles sont si fragiles qu'elles ne résisteraient pas au premier choc de la négociation européenne. Moi, j'ai une opinion tout à fait différente, j'ai une très grande confiance dans la valeur de nos institutions. Je pense, au contraire, qu'elles sont remarquables à un point tel que non seulement elles font partie de l'identité de notre pays, mais que, plus probablement encore, elles pourraient être d'un grand service à l'Europe en construction.

Face à cette situation, la Commission de politique extérieure vous propose la motion 95.3203 qui n'est rien d'autre qu'une invite à sortir d'une situation de surplace. C'est une motion qui vous invite à confirmer un cap, celui de l'adhésion. Ce cap, nos intérêts nous y conduisent: nos intérêts bien compris sur le plan économique, parce qu'on ne peut tout simplement pas mépriser son principal partenaire – et l'Union européenne est notre principal partenaire économique; mais aussi nos intérêts sur le plan culturel, parce que la Suisse de la diversité a vocation de rayonner dans l'Europe de la diversité; plus fondamentalement encore, nos intérêts sur le plan politique, parce que l'Europe est un projet pour la paix, et que la Suisse, qui a été épargnée par les guerres, a une responsabilité tout à fait particulière à cet égard.

Dès lors, entre la résignation pétrifiée des uns et les gesticulations «arenasques» de quelques autres, nous choisissons le courage actif et lucide. Actif parce qu'il n'est pas question de demeurer immobiles: nous voulons pour notre pays un destin européen choisi, et non pas subi; mais lucide, parce que nous savons parfaitement que pour atteindre ce cap, cela prendra du temps et qu'il faut être patient; et on peut être patient même quand on est déterminé.

Il s'agit, en politique intérieure, de réhabiliter un débat politique extérieur qui est tout simplement le débat de la confiance, confiance également dans les jeunes, qui savent où va le destin, preuve en est leur initiative populaire.

Jaeger Franz (U, SG): Ich habe von Frau Grendelmeier vier Minuten Redezeit erhalten, und ich möchte mich gegen einige Vorwürfe, die gemacht worden sind, wehren. Ich schlage den Bogen zurück.

Zu den Votanten der Minderheit, zu den Herren Frey Walter und Moser, die gesagt haben, der Bundesrat stütze sich auf einseitige Gutachten ab, Nüchternheit sei gefragt, Zukunftsschau sei gefragt – Herr Blocher hat noch hinzugefügt, die

Gutachten seien gewünscht einseitig gewesen –: Ich hatte den Auftrag, zusammen mit anderen, bei der Evaluation und der Pflichtenheftumschreibung dieser Gutachten dabeizusein. Ich erstellte kein eigenes Gutachten, aber ich möchte diese Gutachter in Schutz nehmen. Sie haben sich gemäss Auftrag bemüht, nach Vorteilen einer nichtformellen Integration zu suchen und auch die Nachteile abzuklären. Ich muss all den Kritikern sagen: Die Gutachter haben klar und deutlich festgehalten, dass die Zeit noch zu kurz sei, aufgrund der Faktenlage schlüssige Aussagen zu machen. Wenn Sie mir eine andere Stelle zeigen können, bitte ich Sie, mir diese Stellen in diesen Gutachten zu zeigen. Das sind Realitäten. Es gibt Anhaltspunkte, die darauf hinweisen, dass das Diskriminierungspotential, das entstehen könnte, in Zukunft gewisse Vorteile bringen könnte, aber vor allem langfristig auch Nachteile ökonomischer Natur bringen würde. Das sind die Anhaltspunkte. Mehr hat man nicht gesagt.

Es ist richtig, dass es in diesem Land eine Realität der Volksmeinung gibt. Aber es gibt auch eine Realität der europäischen Gemeinschaft, der europäischen Familie, zu der wir gehören und zu der wir irgendwann einmal ja oder nein sagen müssen. Wenn Sie, Herr Engler, sagen, es gebe nicht nur weiss und schwarz, es gebe die schillernden Farben dazwischen, so muss ich Ihnen sagen: Irgend einmal müssen auch Sie von der Mitte sich entscheiden: Wollen Sie, oder wollen Sie nicht? Darum kommen wir nicht herum.

Herr Blocher hat gesagt, man verlange in der EU eine gleiche Wirtschaftspolitik. Lesen Sie doch bitte die Zeitungen! Die Realität ist auch hier anders. Denn es gibt so viele Wirtschaftspolitiken in Europa, wie es Mitglieder der EU gibt: zum Beispiel Grossbritannien, Deutschland, Österreich, alle diese Länder machen ihre eigene Wirtschaftspolitik. Europa leidet nicht unter zu ähnlichen Wirtschaftspolitiken, sondern weil diese nationalen Wirtschaftspolitiken zu stark auseinanderdriften, weil die einen Stabilität wollen und die anderen nicht. Das sind die grossen Gefahren für Europa und nicht die Gleichmacherei.

Wenn wir immer von der direkten Demokratie reden, ist dazu zu sagen: In Italien hat es zwölf Abstimmungen über wichtige Fragen, Referendumsabstimmungen, gegeben. Das muss auch einmal zur Kenntnis genommen werden.

Erlauben Sie mir noch zwei Bemerkungen:

1. Es wurde Nüchternheit verlangt, aber dann verlange ich auch von der anderen Seite Nüchternheit. Wer heute sagt, dass das EWR-Nein uns die tiefen Zinsen und die tiefe Inflationsrate gebracht hätte, der weiss wahrscheinlich, dass das nicht stimmt, denn es ist nicht so. Wir verdanken unsere tiefen Zinsen dem hohen Wechselkurs. Den hohen Wechselkurs verdanken wir den Stabilitätserwartungen für unser Land, die positiv sind – mit und ohne Europapolitik, Herr Blocher! Tatsache ist, dass unsere gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse so gross sind wie in keinem anderen Land dieser Welt, und das ist der Grund für den starken Wechselkurs und für die nominellen Zinsvorteile. Die realen Zinsvorteile sind nicht so, wie Sie es hier darstellen.

2. Ich erlaube mir, einen Wunsch für die Wahlen zu äussern: Die Europafrage ist zu wichtig, als dass wir sie einfach so den Werbestrategen überlassen dürften, sie ist zu wichtig. Wenn wir jetzt – das muss ich Ihnen schon sagen, Herr Blocher, wir waren uns zwar in dieser Session schon einige Male einig – unter die Gürtellinie schlagen, müssen wir verstehen und beachten, dass wir damit nicht nur ein Stück weit demokratische Streitkultur in diesem Lande aufs Spiel setzen, sondern dass wir darüber hinaus unsere Nachbarn brüskieren, von denen wir dann nachher wieder etwas wollen. So geht es nicht, und es geht doch nicht, dass wir dem Bundesrat ständig in den Rücken fallen! Wenn Sie eine Politik wollen, wo geführt wird, dann müssen Sie dahinterstehen, ob es Ihnen nun passt oder nicht, mindestens dann, wenn einmal die Entscheidung gefällt worden ist. Ich bitte Sie, sich doch daran zu halten. (*Zwischenruf Blocher: Will mer usserhalb sind!*)

Oehler Edgar (C, SG), Berichterstatter: Herr Ziegler Jean hat uns heute nachmittag dargelegt, dass in diesem Saal eine «atmosphäre de tristesse» sei. Wenn ich mir die Voten ver-

gegenwärtige und mir vorstelle, wie hier die eine oder andere Seite die allgemeine Lage bejammert und wie generell gemurmelt wird, und wenn ich das mit Blick auf die materielle und ökonomische Situation in unserem Lande tue, muss ich folgendes festhalten: Wir geben vor, wir seien das reichste Land; wir sind Weltmeister im Ferienmachen, wir sind Weltmeister bei den Einkommen, wir sind Weltmeister bei den Leistungen, wir sind Weltmeister bei den Exporten. Wenn ich das vergleiche mit dieser in einigen Bereichen doch sehr kleinlichen Diskussion über die Frage, ob wir den Zwischenbericht des Bundesrates akzeptieren wollen oder nicht, dann scheint mir, eine solche Diskussion drehe sich um relativ kleine und eher unwichtige Frage.

Ich gebe Herrn Moser eine Antwort: Herr Moser, Ihr Parteifreund in Österreich war der EU-Verführer – die Herren aus dem Nachbarland sind leider nicht mehr da, aber Herr Jürgen Weiss ist ein sehr guter Bekannter von mir, weshalb man die Vorwürfe nicht im Raume stehenlassen darf. Wenn ich mir vorstelle, dass Sie Ihre Europapolitik für die Schweiz mit Blick auf die 320 Schilling mehr oder weniger in der Tasche führen wollen, wenn das Ihr Rezept für die Problemlösung in unserem Lande ist, dann finde ich das kleinlich. Wenn Sie in den Wahlen das Volk fragen, ob es die 15 Milliarden Franken in Brüssel holen wolle, ist die Antwort klar. Wollen Sie als Wähler keine Zinsen mehr zahlen? Die Antwort ist ebenso klar. Wollen Sie als Wähler keine Mehrwertsteuer entrichten? Die Antwort ist ebensoklar. Was bedeutet das? Letztlich kann man die Antwort auch geben, indem man entsprechende Fragen stellt. Herr Mühlmann hat es auf den Punkt gebracht – ich habe es vorhin auch erwähnt –: Wir reden ja letztlich nur über die Frage, ob wir den Zwischenbericht des Bundesrates zur Kenntnis nehmen wollen. Punkt, Schluss! Wir haben offenbar den Mut nicht; das ist – soviel an die Adresse des Bundesrates – von unserer Seite eher kleinlich. Es haben heute interessanterweise zwei Damen in diesem Rat den Unterhändler gedankt, Frau Grendelmeier und Frau Nabholz. Von uns, von den anderen, hat es offenbar niemand über die Lippen gebracht, Herren Bundesräte, dass man Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit dankt. Ich glaube, ich darf es im Namen der meisten hier tun: Wir schliessen uns dem Dank von Frau Nabholz und Frau Grendelmeier für die Arbeit an, und wir hoffen, dass es noch besser weitergehen wird.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: Le débat a montré en tout cas que le problème des relations avec l'Europe est constamment posé, et que le rapport intermédiaire du Conseil fédéral était l'occasion de préciser un peu notre position.

J'aimerais dire à M. Blocher, qui véritablement a de la peine à écouter les autres, que cela fait aussi partie des valeurs, Monsieur Blocher: dans une démocratie, si on veut que les idées progressent, il faut accepter les règles du dialogue, et les premières règles, c'est d'écouter le partenaire.

Monsieur Blocher, vous avez parlé de valeurs, cela a été souligné par M. Gross Andreas. J'aimerais que vous alliez expliquer aux étudiants ce que signifie l'interruption des programmes d'échanges entre universités, et ce que représente désormais, pour les étudiants de chez nous, l'impossibilité d'aller échanger des idées, se ressourcer dans d'autres universités. Si c'est ça la liberté, alors, Monsieur Blocher, je peux vous dire que nous divergeons totalement en ce qui concerne cette valeur-là.

Ceci étant dit, j'aimerais répondre à M^{me} Spoerry, à MM. Engler et Stucky, au sujet des perspectives éventuelles d'un EEE. Dans le rapport établi par le groupe de travail, nous n'avons pas définitivement enterré cette solution, mais nous l'avons déclarée inadéquate dans les circonstances actuelles, et pour les raisons suivantes. On a tous pris conscience du fait que cette structure, qui était intermédiaire pour permettre à certains pays comme le nôtre d'accéder progressivement à l'intégration, est devenue extrêmement lourde, pesante, pour trois pays seulement. Parmi ces trois, il y en a un, évidemment, qui a un intérêt à s'y trouver, parce que la possibilité de régler tous les problèmes au niveau des pays scandinaves est naturellement allégée par cette structure.

Mais à l'évidence, nous avons beaucoup de difficulté à voir quels sont les avantages de négocier à quatre, avec la Suisse à l'intérieur de l'EEE, étant donné nos spécificités et nos intérêts, qui sont très différents.

Il faut savoir qu'aujourd'hui, contrairement à ce qui a été dit, l'Union européenne ne privilégie plus cette structure. M. Van den Broek, qui est le commissaire aux relations avec les pays non membres de l'Union européenne, a déclaré, au mois de mars dernier: «Si nous avions affaire à cet accord aujourd'hui, nous ne le signerions plus.»

La perspective que nous avions il y a quelques années de pouvoir accueillir à l'intérieur de l'EEE des pays de l'Europe centrale ou orientale a pratiquement disparu. Si vous posez la question aux représentants des pays d'Europe centrale et orientale: «Avez-vous un intérêt à entrer dans l'Espace économique européen?», ils vous répondront régulièrement: «Notre vœu, notre aspiration, c'est d'entrer le plus rapidement possible dans l'Union européenne, et l'EEE est pour nous un détour qui ne s'impose plus dans les circonstances actuelles. Il s'impose d'autant moins que c'est une structure aux dimensions restreintes.»

Dernier point, et c'est peut-être l'argument le plus important, imaginons que, véritablement – ce que nous ne devons pas souhaiter –, les négociations bilatérales échouent. Croyons-nous vraiment que les difficultés que nous aurons rencontrées dans les négociations bilatérales ne se trouveront plus dans le cadre de l'EEE? Tous les dossiers chauds que nous devons traiter dans le cadre des négociations bilatérales se retrouveront dans le cadre des Accords sur l'EEE. Il n'y a donc aucun avantage à privilégier actuellement l'EEE.

L'intérêt de la motion 95.3203 que nous avons présentée, c'est véritablement de mettre l'accent, dans les circonstances actuelles, sur les négociations bilatérales sectorielles, dans la perspective de l'intégration.

Je vous prie donc de maintenir la motion telle quelle et de la transmettre, réserve étant maintenant faite de la prise de position du Conseil fédéral sur son contenu et des arguments qu'il va nous présenter pour la transformer éventuellement en postulat.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Pendant que s'élève la pensée du Conseil fédéral, comme vous le constatez, j'aimerais en préambule vous dire que, dans le tourbillon des multiples pensées et des multiples comportements des Suisses face au processus d'intégration en Europe, le Conseil fédéral tient le cap, ni matamore, ni lapin terrorisé par le serpent.

Je présenterai le contenu économique de la position gouvernementale, M. Cotti, conseiller fédéral, le contenu plus large, plus politique, de nos démarches, et il se prononcera sur la motion 95.3203 de votre Commission de politique extérieure. Dans ma réponse, après ce vif débat, je me bornerai à traiter de deux questions fondamentales, tout d'abord, de quelques réflexions sur le rapport intermédiaire, ensuite, de l'état de la question dans les négociations bilatérales entre la Suisse et l'Union européenne.

En ce qui concerne le rapport intermédiaire, nous l'avons clairement annoncé, c'est un rapport factuel, un rapport qui fait l'inventaire de l'état du développement de notre situation de marginalisés par rapport à l'Espace économique européen. Ce rapport n'est pas un rapport bis sur la politique extérieure de la Suisse. Nous le répétons, il n'est pas de nature, par lui-même, à mobiliser des convictions. C'est un rapport qui vous informe de l'état et qui rappelle, mais brièvement, le but stratégique que nous voulons, à travers l'étape où nous sommes placés aujourd'hui, atteindre par la suite.

En ce qui concerne le contenu et la substance du rapport: 1. J'observe que le refus de l'Espace économique européen par la Suisse a des conséquences diverses, dont les dominantes – et je prends toutes les précautions possibles et imaginables –, en général, sont plutôt négatives d'après le constat que nous pouvons établir après quelques mois d'application de l'Espace économique européen.

2. J'observe que cette tendance à la marginalisation et à l'aggravation des conséquences pour la Suisse de sa non-ap-

partenance à l'Espace économique européen tend à s'aggraver avec le temps, et à créer des problèmes plus complexes maintenant que ceux qui étaient apparus au début du processus.

3. Il n'est pas possible de chiffrer ces effets au franc près. Tant les études scientifiques, sur la valeur desquelles je vous prie de ne pas gloser à perte de vue, car ces études ont été demandées et livrées sans a priori, que les observations pratiques que l'on peut faire sur le terrain tous les jours nous montrent qu'il y a, dans les effets sur la situation conjoncturelle de la Suisse, des raisons qui ne sont pas seulement celle de l'Espace économique européen. Le fait que nous connaissions actuellement un essor conjoncturel plus modeste que celui de nos voisins doit, quelque part, quelque chose à notre non-appartenance à l'Espace économique européen. D'autres facteurs, comme la réévaluation du franc suisse, des circonstances particulières font que nous avons des explications à trouver en dehors de ce phénomène. Ce phénomène, néanmoins, joue son rôle.

Quelques précisions me paraissent s'imposer ici, quant à la substance sur les investissements directs. Les investissements directs transfrontaliers constituent sans doute un des éléments les plus dynamiques des relations économiques internationales. Ces investissements ont crû, durant les dix dernières années, trois fois plus vite que le volume du commerce international. Sur la base de ce que nous pouvons observer des investissements dans la création d'emplois – et c'est cela qui doit nous retenir dans notre bilan d'économie publique – les entreprises suisses, multinationales ou de plus petites dimensions, ont été amenées à créer des emplois à l'étranger pour le secteur industriel en petit nombre, de l'ordre de 23 000 emplois, cependant que les entreprises du secteur tertiaire suisse, elles, ont créé à l'étranger, dans ce même laps de temps de quatre ans, 316 540 emplois, 60 pour cent de ces emplois étant localisés dans l'Union européenne, ce qui n'est certainement pas le fait du hasard. Pendant ce temps, en Suisse, les PME ont créé davantage d'emplois qu'elles n'en ont supprimé, cependant que les entreprises multinationales, elles, suivaient un cours absolument contraire, recourant très souvent à la délocalisation des emplois. En 1993, pour la première fois, des entreprises étrangères ont retiré du capital de la Suisse. On sait que ce résultat a été très fortement influencé par des sociétés holdings.

Ces phénomènes, qui ne sont ni très engageants ni très positifs, je répète, par honnêteté intellectuelle, que je n'ai pas la prétention de les attribuer à notre seule marginalisation institutionnelle par rapport à l'Espace économique européen. Cette marginalisation existe néanmoins, et elle a développé son petit effet. J'aimerais que M. Moser sache, pour la précision des faits, que M. Baudenbacher, mandaté qu'il a été par le canton de St-Gall, ne l'a pas été par la Confédération.

J'aborde le deuxième chapitre, à savoir l'état de nos négociations sectorielles avec l'Union européenne. Je rappelle que ces négociations se sont ouvertes le 12 décembre 1994 et que nous avons pu finalement trouver avec l'Union européenne sept domaines, pas davantage, dans lesquels nous négocions actuellement.

La situation, pour ces sept domaines de négociations, vous est connue. Je l'actualiserai très brièvement:

1. la recherche est maintenant pratiquement finalisée, mais il reste des modalités de comitologie à régler;
2. en matière d'obstacles techniques aux échanges, les négociations ont bien progressé, mais un gros volume de travaux techniques doivent encore être achevés;
3. en matière de marchés publics, les vues sont largement convergentes, reste que le problème de la mise en oeuvre et de la surveillance de l'application de l'accord n'est pas réglé;
4. en matière de circulation des personnes, la Commission a pris connaissance du projet suisse d'accord prévoyant l'amélioration qualitative des conditions de séjour et d'emploi des ressortissants communautaires. Sur ce point, l'Union européenne n'a pas encore répondu à l'offre suisse, la balle est actuellement dans son camp;

5. s'agissant des produits agricoles, l'Union européenne considère que l'acquis contenu dans les échanges de lettres de Porto, y compris les concessions suisses unilatérales, sont la base de départ de la négociation; maintenant que nous y voyons clair sur les Accords du Gatt en matière agricole, nous avons pu reprendre en effet cette négociation;

6. pour les transports aériens, les objectifs ne sont pas atteints, et de loin pas. Nous y travaillons avec âpreté;

7. pour les transports terrestres, l'Union européenne manifeste son intérêt pour les politiques coordonnées de transit dans les Alpes, sans s'immiscer dans les problèmes internes que provoque l'adoption de l'initiative des Alpes, mais en demandant, bien sûr, de ne pas être discriminée par rapport aux usagers suisses. Des questions ultra-importantes de cabotage, d'assouplissement des règles sur l'accès des 40 tonnes, sur l'interdiction de rouler la nuit, ne sont pas encore résolues.

Nous avons demandé âprement, sans succès jusqu'à aujourd'hui, que, dans deux domaines vitaux pour notre économie, nous puissions ouvrir des négociations comme dans les sept autres secteurs: ce sont les produits agricoles transformés et les textiles. Nous continuons inlassablement notre demande, tant auprès de l'Union européenne qu'auprès des capitales, pour parvenir à un résultat.

J'aimerais, en conclusion de ce que j'ai à dire pour les accords et les négociations bilatérales sectorielles, attirer votre attention sur trois points.

1. Il est décidément étrange que les adversaires de l'Espace économique européen, qui clamaient durant toute l'année 1992 les vertus des accords bilatéraux, et qui recommandaient très vivement l'usage de cette négociation avec l'Union européenne plutôt que l'adhésion à l'Espace économique européen, soient aujourd'hui, face à la réalité de ces accords bilatéraux, beaucoup moins convaincus. On dirait que vous ne voulez pas savoir que, pour réussir, il faut être deux dans ces négociations, et que vous vous étiez trompés sur la facilité relative de telles négociations. Cela serait faux, car nous avons en toutes circonstances rappelé que ça n'était pas une mince partie que de vouloir arriver, par la voie bilatérale, à des résultats, au moins à des résultats partiels.

2. Je dois constater que ceux-là mêmes qui, à l'époque, prônaient les merveilles et les bienfaits des négociations bilatérales contre l'adhésion à l'Espace économique européen, s'en viennent, pour trouver une porte de sortie à leur argumentation, à mettre en cause la qualité, l'âpreté des négociateurs suisses, des magistrats, des diplomates et des fonctionnaires qui seraient, à les entendre, peu engagés, réservés, mal avisés, pour ne pas dire qu'ils iraient jusqu'à saboter ici ou là les négociations. C'est évidemment totalement faux, et je sais gré aux rapporteurs d'avoir rendu quelque hommage à ces négociateurs helvétiques qui, à fond, dans tous les domaines et à tous les niveaux, à Bruxelles, dans les quinze capitales, sans état d'âme, conduisent cette négociation. Ils savent, et je le sais avec eux, et vous le savez avec moi, Mesdames et Messieurs les opposants, que la Suisse, en 1995, n'a aucun choix d'action autre que la négociation bilatérale sectorielle. Je le rappelle; faudrait-il que j'y insiste encore, pour éliminer les doutes dont sont émaillés vos discours, vos réflexions, vos articles et vos déclarations? Mais gouverner, c'est prévoir, et prévoir le long terme. Le Conseil fédéral, engagé – engagé jusqu'au cou – dans l'actuelle négociation, a le devoir de rappeler ses vues stratégiques; M. Cotti, conseiller fédéral, aura l'occasion d'y revenir.

3. Je vous demande instamment d'aider les négociateurs de la Suisse – ce sont les négociateurs de notre pays –, plutôt que de saper le principe même de la négociation bilatérale que vous aviez prônée, car, ça aussi, c'est un acte de patriotisme à accomplir pour le pays et pour la force qu'il doit représenter dans l'Europe de demain.

Ainsi, et je conclus, vous aiderez à l'essor de la Suisse, des Suisses et des jeunes Suisses, ne serait-ce que dans le domaine de leurs relations économiques, puisque l'essentiel des négociations bilatérales porte là-dessus. Mais vous permettrez surtout que viennent des temps moins maus-

sades que ceux dans lesquels nous sommes actuellement englués.

Cotti Flavio, Bundesrat: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Europafrage und damit auch die Aussenpolitik im Zentrum der politischen Debatte dieses Landes stehen, dann haben Sie heute diesen Beweis geliefert. Zugleich haben Sie ein Zweites bewiesen: Die Europafrage ruft Spannungen hervor, harte Auseinandersetzungen, und es ist eine Illusion, zu glauben, der alte Konsens – auch ein Wert dieses Landes, Herr Blocher – könnte irgendwie, vom Himmel geschenkt, diese Debatte durchziehen.

Die Schweiz ist halt auch in diesem Fall nicht anders als andere Länder. Ich möchte zwei entgegengesetzte Beispiele bringen: Schweden hat den EU-Beitritt mit 52 Prozent der Stimmen beschlossen, nach harten, leidenschaftlichen Auseinandersetzungen. Norwegen hat, nach harten Auseinandersetzungen, das Nein zum EU-Beitritt ebenfalls mit 52 Prozent der Stimmen beschlossen. Bedenken wir dies, dann müssen wir die Illusion fallenlassen, dass es gelingen wird, in der Schweiz einen sehr breiten Konsens im Zusammenhang mit der Europafrage zu erreichen. Übrigens ist der EWR-Beitritt vom Volk ebenfalls knapp, mit 50,3 Prozent, verworfen worden.

Die Europafrage wird die Schweiz weiterhin «spalten». Sie gehört zu den zukunftsweisenden Elementen dieses Landes. Der Bundesrat betrachtet es als normal, dass diese Frage das Land «spaltet», unabhängig vom Standpunkt der Befürworter und Gegner. Das betrachte ich als positiv, wenn wir in diesem Land nicht einschlafen wollen.

Verschiedene Redner – Frau Nabholz, Herr Columberg, Herr Rychen usw. – haben gesagt, dass diese Debatte korrekt stattfinden müsse, dass zur alten Streitkultur – das war ein Wert in diesem Land – zurückgefunden werden müsse, gerade wenn es um geschichtliche Entwicklungen der Schweiz gehe.

Persönlich bin ich für harte Gespräche sehr offen. Angesichts der von Medien geprägten Welt glaube ich nicht, dass wieder ganz zur alten, sanften Streitkultur gefunden werden kann. Ich störe mich schliesslich nicht daran, wenn man mich der Heimattüchtigkeit bezichtigt, Herr Blocher, weil ich mit Sicherheit weiss: Ich bin genauso stolz auf dieses Land wie Sie, auch wenn Sie allen Europafreunden gegenüber immer wieder das Gegenteil predigen. Das stört mich nicht. Ich möchte aber hoffen, dass gegenseitige Redlichkeit anerkannt wird.

Etwas betrübt mich mehr: Wenn man das Europa, das uns umgibt – das Europa Brüssels, die EU –, in irgendeiner Weise mit den Stiefeln darstellt, die auf diesem Kontinent das Kennzeichen langer Diktaturen waren. Dies widerspricht dem Geist der Geschichte. Ich denke daran, dass die grossen Gründer dieses Europas in den fünfziger Jahren – sie sind schon in die Geschichte dieses Kontinents eingegangen, Adenauer, De Gasperi usw., und alle diejenigen, die Europa weitergepflegt haben – dieses Europa gerade darum geschaffen haben, damit diese Stiefel endlich definitiv von diesem Kontinent verschwinden.

Ich finde es – ich kann es nicht anders sagen – beschämend, wenn man das uns umgebende Europa so bezeichnet. (*Beifall*) Ich gehe in der politischen Auseinandersetzung sehr weit, aber diese Darstellung beleidigt mich zutiefst. Sie haben selber, Herr Blocher, von Werten gesprochen. Westeuropa hat zentrale menschliche Werte nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergefunden und hat den Grundstein für die EU gelegt, gerade damit sich die Geschichte nicht wiederhole. Deshalb kann ich das, was über gewisse Grenzen hinausgeht, einfach nicht verstehen, und der Bundesrat versteht das auch nicht.

Ich gehe jetzt einen Schritt weiter. Man hat von bilateralen Verhandlungen gesprochen. Es besteht kein Zweifel: Den Weg der bilateralen Verhandlungen gehen wir, weil das Schweizervolk im Dezember 1992 einen Entscheid getroffen hat. Wir gehen diesen Weg auch, weil er von verschiedenen Menschen in diesem Lande immer als der Weg, um aus der Klemme zu kommen, bezeichnet wurde.

Jetzt stehen wir vor der Frage: Wer schadet den bilateralen Verhandlungen? Ich setze voraus, dass bilaterale Verhandlungen ausserordentlich schwierig sind. Herr Delamuraz und ich haben hier vor zwei Jahren diese Schwierigkeiten vorausgesagt. Die EU hat andere Prioritäten, die für sie wohl wichtiger sind als bilaterale Verhandlungen mit der Schweiz, und die objektiven, die Materie betreffenden Schwierigkeiten der bilateralen Verhandlungen müssen nicht bewiesen werden. Jetzt sagt man, indem der Bundesrat den Mut hatte, ein strategisches Ziel aufzuzeigen, schade er den bilateralen Verhandlungen. Frau Grendelmeier, Sie haben das gesagt. Wenn man ein Ziel kurzfristiger Art wie die bilateralen Verhandlungen in einen Rahmen weitgehender Freundschaft langfristiger Art setzt, kann das den bilateralen Verhandlungen nur helfen. Die Logik sagt uns das, noch bevor die verschiedenen Treffen mit Europavetretern uns das immer wieder klar dargelegt haben.

Darf ich noch ein kleines Beispiel erwähnen? Österreich hat, wie Sie wissen, das Beitrittsziel mitten in den Verhandlungen über den EWR dargelegt. Die EWR-Verhandlungen führten dennoch zum positiven Resultat. Es ist ganz klar, wenn man sich ein kleines Ziel setzt und wenn man einen fördernden Rahmen darüber setzt, kann das den Verhandlungen nur helfen. Ich muss in aller Ruhe feststellen, dass nur diejenigen den bilateralen Verhandlungen schaden, welche Europa überall als einen Feind darstellen. Denn es ist ja klar: Diese Ideen überschreiten die Grenzen dieses Landes, und die Europäer, welche trotz aller Schwierigkeiten stolz auf ihre EU sind, hören diese Stimmen sehr ungern. Dieses Umfeld, welches aufgrund einer systematischen Verunglimpfung der EU geschaffen wird, schadet den bilateralen Verhandlungen. Es ist die Pflicht des Bundesrates, das klipp und klar darzulegen.

Und noch etwas: Auch die Tatsache, dass jene, welche vorerst die bilateralen Verhandlungen verherrlicht haben, deren Ausgang zum voraus mit Referendumsdrohungen versehen, wird selbstverständlich anderswo mit grosser Skepsis festgestellt. Mir scheint dies absolut normal zu sein.

Herr Vollmer hat mit Recht gesagt, dass die bilateralen Verhandlungen Grenzen haben. Bei den bilateralen Verhandlungen werden wir nicht haltmachen. Der Bundesrat hat das in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren ganz klar dargelegt, und dabei soll es bleiben. Die Frage nach der Zeit, dem Monat oder dem Jahr ist eine relativ zweitrangige Frage, wenn man das strategische Ziel ernst nimmt und es verfolgt. Herr Maitre hat mit sehr gutem Recht gesagt, dass die notwendige Geduld, die auch die bilateralen Verhandlungen eigentlich von uns verlangen, in keiner Weise diese Determination berühren kann. Der Bundesrat sagt im soeben erwähnten Bericht, dass wir in der nächsten Legislatur – wir nehmen an, dass etwa am Anfang derselben die bilateralen Verhandlungen abgeschlossen werden können – eine Bilanz ziehen werden und dann der Übergang ins Multilaterale vollzogen wird. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch noch ein Gedanke in Richtung EWR gemacht werden könnte.

Aber ich bitte Sie nochmals: Streiten wir uns nicht um Monate oder Jahre. Die Annäherung dieses Landes an Europa ist, wie Herr Eggly sehr gut gesagt hat, eine historische, geschichtliche Angelegenheit, und wir stören sie nicht, wir stören nur das Klima hier, wenn wir uns um sechs Monate oder ein Jahr streiten. Es kommt dazu: Multilaterale Verhandlungen hängen nicht nur von uns ab, sondern auch von den Entwicklungen innerhalb der EU.

Noch ein Wort zu diesen möglichen multilateralen Verhandlungen. Frau Spoerry hat mit gutem Recht gesagt: Das wird kein Sonntagsspaziergang sein. Die EU ist kein Sonntagsspaziergang. Multilaterale Verhandlungen werden sehr harte Herausforderungen mit sich bringen, sowohl für uns wie auch für die EU. Darüber gibt es bestimmt keine Zweifel. Es sind finanzielle Probleme erwähnt worden, es sind wirtschaftliche Probleme erwähnt worden.

Herr Blocher, ich gebe Ihnen absolut recht: Die direkte Demokratie ist ein wesentlicher Wert für dieses Land, und für dieses Problem müssen Lösungen gefunden werden. Wir

hoffen auch, dass die Entwicklung – was wir wünschen –, in Richtung Dezentralisierung, in Richtung Subsidiaritätsprinzip, in Richtung Föderalismus, Herr Pini, gehen wird. Das ist ein langer Prozess.

Die multilateralen Verhandlungen werden kein Sonntagsspaziergang sein. Ich betone noch einmal: Harte Verhandlungen bedeuten nicht, dass man sie nicht führen kann und dass man den Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht den klaren Verstand zuerkennt, am Schluss darüber entscheiden zu können – in vollem Wissen darüber, was diese Verhandlungen ergeben haben.

Ich gebe deshalb Herrn Vollmer recht, wenn er sagt, wir wollen ja nicht blindlings in Richtung Europa gehen. Wir wollen – das sagt der Bundesrat übrigens in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, aber diese Elemente werden ja nie vermerkt – unsere Identität wahren, und wir wollen nicht, Herr Moser, wie Sie gesagt haben, entmündigt werden. Als ob sich die 15 stolzen Länder, die der EU angehören und die auf genausoviel geschichtliches Selbstbewusstsein zurückblicken, auch die kleinen und die kleinsten, wie die Schweiz, in der EU entmündigt fühlten! Noch ein Wort zum wunderbaren Begriff – lassen Sie mich einen Moment spötteln – des autonomen Nachvollzugs. Herr Blocher, Sie sagen mit Recht, es sei auch eine Frage der Autonomie. Der Bundesrat sagt in seinem Bericht, dass diese Autonomie in einer vernetzten Welt je länger, je mehr auch dadurch gewahrt wird, dass man dort mitredet und mitentscheidet, wo wesentliche Entscheide, die uns auch betreffen, getroffen werden. Unsere Kantone haben dies vor 150 Jahren verstanden.

Autonomer Nachvollzug: Ich stelle fest – je länger ich über diesen Begriff nachdenke –, dass der Nachvollzug oft wohl gegeben ist, dass er aber je länger, desto weniger autonom ist. Ich bitte Sie, daran zu denken, wenn wir in den nächsten Jahren eine gewisse Entwicklung werden wahrnehmen können.

Ich komme kurz zu den parlamentarischen Vorstössen. Die Motion der Kommission unterstützt den Bundesrat in seiner im Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren dargestellten Strategie. Der Bundesrat ist dankbar dafür, dass die Aussenpolitische Kommission diese Unterstützung für seine Integrationspolitik ausgesprochen hat. Wenn der Bundesrat trotzdem beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, so deshalb, weil alle fünf Punkte der Motion Elemente berühren, die im absoluten Kompetenzbereich des Bundesrates liegen. Traditionell hat der Bundesrat immer vorgeschlagen, diese Umwandlung vorzunehmen, wenn eine Motion eigene Kompetenzen betraf. Mit den Inhalten der Motion ist der Bundesrat einverstanden. Ich möchte aber noch einmal sagen, dass er sich mit Bezug auf den Zeitpunkt (siehe insbesondere Punkt 5) nicht festlegen lässt. Sie kennen diesbezüglich den bundesrätlichen Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren und dessen Aussagen über die Absichten in der nächsten Legislatur. Ich danke allen, die weitere Vorstösse eingereicht haben. Mit diesen Vorstössen, auch wenn sie der Bundesrat nicht zu beurteilen hat, haben sie ein wesentliches Element in eine Debatte eingeworfen, die man nicht einschlafen lassen kann. Die Debatte berührt wesentliche Elemente unserer Zukunft. Über den Zwischenbericht, der Ihnen unterbreitet worden ist, hat Sie Herr Delamuraz reichlich informiert. Ich möchte nicht weiter gehen.

Zum Schluss möchte ich daran erinnern, dass die Europäische Union, wie aus dem Bericht hervorgeht, sehr wichtige Jahre vor sich hat, in denen wesentliche institutionelle und politische Weichen gestellt werden. Es ist klar, dass das Gesuch, diese Entwicklungen der EU nahe zu verfolgen, beim Bundesrat auf offene Ohren stösst. Sobald die bilateralen Verhandlungen erste Bilanzen zulassen, wird Ihnen der Bundesrat einen weiteren, umfassenderen Bericht zuleiten.

In wenigen Wochen wird der Bundesrat dem Parlament die Botschaften zu den zwei zustandegekommenen Initiativen zustellen, und das Parlament wird gleich zu Beginn des nächsten Jahres über diese Initiativen befinden können. Das Volk wird damit bald auch wesentliche Weichen stellen können.

Lasst uns die Europadebatte, bei aller Härte, mit der Offenheit und der Objektivität verfolgen, welche nötig sind. Lasst uns in die Zukunft blicken ohne die Hast, ein Ziel in wenigen Monaten erreichen zu müssen – als ob es sich nicht um ein geschichtliches Vorhaben handelte, welches Zeit braucht –, aber auch ohne der Versuchung zu erliegen, aus bequemem Beharrungsvermögen die Entwicklung der Geschichte nicht zu verstehen und zu erfassen.

Ruffy Victor (S, VD), rapporteur: On pourrait discuter longtemps de la compatibilité de la motion de la Commission de politique extérieure avec notre règlement et avec la constitution. On pourrait dire qu'elle est dans l'esprit de l'article 47bis a LREC. On pourrait dire que la majorité des représentants de la commission se sont exprimés positivement par rapport à la motion. On pourrait aussi dire qu'une motion, si elle était transmise par notre Conseil, serait discutée au Conseil de Etats, ce qui bien sûr la renforcerait. Mais je crois que ce qui prévaut maintenant, c'est de rassembler et de trouver un large consensus qui réunisse le maximum de parlementaires derrière un certain nombre de points que nous avons jugés déterminants dans l'orientation de la politique vis-à-vis de l'Union européenne.

Ce qui est peut-être aussi important, en l'occurrence pour la transparence des décisions, c'est de n'offrir aucun prétexte formel à ceux qui pourraient au fond s'abriter derrière ceux-ci pour ne pas approuver nos propositions.

Je vous invite, au nom de la commission, à accepter la proposition du Conseil fédéral, et à transformer cette motion en postulat.

Bericht 95.023 – Rapport 95.023

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	113 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	24 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	115 Stimmen
Für den Antrag Pini	27 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Initiative 94.440

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission (keine Folge geben)	74 Stimmen
Für den Antrag Grendelmeier (Folge geben)	39 Stimmen

Motion 95.3203

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal (Ref.: 1638)

Für Überweisung als Postulat stimmen:

Votent pour la transmission comme postulat:

Aguet, Aubry, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Bäumlin, Béguelin, Berger, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cumberg, Danuser, de Dardel, David, Deiss, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, von Felten, Frainier, Friderici Charles, Gadiant, Graber, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Hafner Ursula, Hämmerle, Heberlein, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jean-prêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Maitre, Matthey, Mauch Ursula, Meier Samuel, Misteli, Nab-

holz, Narbel, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Raggenbass, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Rolf, Sieber, Singeisen, Spielmann, Stamm Judith, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschopp, Vollmer, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Züger, Zwygart (93)

Für Ablehnung des Postulates stimmen:

Rejettent le postulat:

Allenspach, Bezzola, Binder, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Cincera, Dettling, Dreher, Fehr, Fischer-Seengen, Frey Walter, Fritschi Oscar, Früh, Gysin, Hegetschweiler, Hess Otto, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Mauch Rolf, Maurer, Meier Hans, Miesch, Moser, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Ruckstuhl, Ruf, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Vetterli, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss William (44)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Mamie, Mühlemann, Pini, Rychen, Schnider, Spoerry, Weider Hansjürg (7)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Aregger, Baumberger, Bignasca, Bircher Peter, Bischof, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Comby, Cornaz, Couchepin, Darbellay, Diener, Fasel, Fischer-Hägglingen, Fischer-Sursee, Giezendanner, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Gros Jean-Michel, Haering Binder, Hari, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Kühne, Langenberger, Leuenberger Moritz, Marti Werner, Maspoli, Meyer Theo, Nebiker, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Robert, Rohrbasser, Savary, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Steiger Hans, Steinegger, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Wanner, Zisyadis, vakant I (55)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

Motion 94.3144

Le président: La commission vous propose de transmettre la motion sous forme de postulat.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Schluss der Sitzung um 20.30 Uhr

La séance est levée à 20 h 30

Motion des Ständerates (Cottier) Entwicklung der innen- und aussenpolitischen Bedingungen der Europapolitik

Motion du Conseil des Etats (Cottier) Réalisation des conditions intérieures et extérieures nécessaires à la politique européenne

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3144
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1995 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1364-1388
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 760

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.